



STUDIE

# Edles Metall – Unwürdiger Abbau

Platin aus Südafrika und die Verantwortung  
deutscher Unternehmen

## **Impressum**

### **Herausgeber**

Brot für die Welt  
Evangelisches Werk für Diakonie  
und Entwicklung e. V.  
Caroline-Michaelis-Straße 1  
10115 Berlin  
Telefon 030 65211 0  
info@brot-fuer-die-welt.de  
www.brot-fuer-die-welt.de

---

**Autoren** Aisha Bahadur, Maren Leifker,  
Sarah Lincoln

**Redaktion** Ellen Köhrer, Helle Dossing,  
Anja Esch

**V. i. S. d. P.** Klaus Seitz

**Übersetzung** Karin Saarmann

**Infografiken** KontextKommunikation  
(S. 9, S. 23)

**Fotos** Plough back the fruits (S. 17, 28  
oben), BASF SE (S. 26), Brot für die  
Welt (S. 21, 22), Fotolia/Yamada Taro  
(S. 31), Leon Sadiki (S. 9, 14), Kevin  
Sutherland (Cover, S. 10, 11, 15, 17,  
27 unten), Christopher Rutledge (S. 19,  
20), Witwen von Marikana (S. 33)

**Layout** János Theil

**Druck** Spree Druck, Berlin

**Art.-Nr.** 129 502 720

---

### **Spenden**

Brot für die Welt  
Bank für Kirche und Diakonie  
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00  
BIC GENODED1KDB

---

April 2018

STUDIE

# Edles Metall – Unwürdiger Abbau

Platin aus Südafrika und die Verantwortung  
deutscher Unternehmen

# Inhaltsverzeichnis

	<b>Vorwort</b> .....	<b>5</b>
	<b>Einführung</b> .....	<b>6</b>
	Platin – Motor für die deutsche Industrie	6
	Auswirkungen des Platinabbaus in Südafrika	8
<b>1</b>	<b>Marikana – Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen</b> .....	<b>10</b>
	1.1 Lebensbedingungen in Marikana	10
	1.2 Auswirkungen auf lokale Gemeinschaften	12
	1.3 Die Rolle vom Platinunternehmen Lonmin	13
	1.4 Situation heute	15
	1.5 Übernahme durch Sibanye-Stillwater	18
<b>2</b>	<b>Kein Land zum Leben – Die Auswirkungen der Mogalakwena-Mine auf die umliegenden Gemeinden</b> .....	<b>19</b>
	2.1 Schlecht vertreten	20
	2.2 Gescheiterter Umsiedlungsprozess	20
	2.3 Leben neben der Platinmine	21
	2.4 Der Frust führt zu Konflikten	22
<b>3</b>	<b>Wer trägt welche Verantwortung?</b> .....	<b>24</b>
	3.1 Der Nationale Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte	24
	3.2 BASF – Kein Katalysator für Menschenrechte	25
	3.3 Die Lieferkettenverantwortung von BMW, Daimler und VW	30
	3.4 Forderungen	32
	<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>34</b>

# Vorwort

Der Bergbau hat für die südafrikanische Wirtschaft eine zentrale Bedeutung: Mehr als ein Drittel der Exporterlöse des Landes entfallen auf den Rohstoffsektor. An der Spitze der Rohstoffexporte liegt das Edelmetall Platin. Leider profitieren die Bergarbeiter und die umliegenden Gemeinden kaum von diesen Bodenschätzen. Im Gegenteil: Die Arbeit ist hart und die Bezahlung oft schlecht. In den letzten zehn Jahren sind über 1000 Minenarbeiter unter Tage gestorben. Die umliegenden Gemeinden leiden unter Wasserknappheit und Luftverschmutzung. Viele Menschen werden aufgrund des Bergbaus umgesiedelt, ohne angemessen konsultiert zu werden. Friedliche Proteste werden durch die Polizei oder private Sicherheitsdienste gewaltsam aufgelöst.

Viele Partnerorganisationen von Brot für die Welt in Südafrika beschäftigen sich mit den Auswirkungen des Rohstoffabbaus: Sie dokumentieren die Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen, fordern vom südafrikanischen Staat und den beteiligten Unternehmen Abhilfe und unterstützen die Betroffenen. Dabei wird immer wieder deutlich: Das Problem reicht weit über Südafrikas Grenzen hinaus. Es sind oft transnationale Bergbaukonzerne, die in Südafrika die Minen betreiben. Diese verkaufen die Rohstoffe meist unverarbeitet in Länder wie Deutschland, wo sie zu Handys, Autos, Schmuck oder anderen Alltagsprodukten verarbeitet werden.

Der Rohstoff Platin veranschaulicht diese Zusammenhänge hervorragend: Britische Unternehmen wie Lonmin oder Anglo-American bauen den Rohstoff in Südafrika ab. Wichtige Abnehmer sind BASF oder BMW, die den Rohstoff für den Bau von Abgaskatalysatoren benötigen. Mehr als ein Drittel des Platins landet in der Automobilindustrie. Die Wertschöpfung findet hier in Deutschland statt und zwar, wie so oft, auf Kosten von Menschen und Umwelt in anderen Ländern.

Wir sehen es als unsere Aufgabe, diese Zusammenhänge aufzuzeigen und die beteiligten Unternehmen in die Verantwortung zu nehmen. Nach internationalen Standards der Vereinten Nationen und der OECD sollen Unternehmen dafür sorgen, dass in ihren Lieferketten Arbeits- und Menschenrechte geachtet werden. Die Bundesregierung hat 2016 einen nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte verabschiedet und formuliert darin die klare Erwartung, dass deutsche Unternehmen die Menschenrechte achten: nicht nur in ihren eigenen Unternehmen, sondern auch bei ihren Tochtergesellschaften und in den Lieferketten. Allerdings ist diese Lieferkettenverantwortung freiwillig und deutschen

Unternehmen drohen bislang keine Konsequenzen, wenn sie die Produktionsbedingungen ignorieren.

Die vorliegende Studie beleuchtet die Situation in zwei Platinminen Südafrikas und untersucht, inwieweit die beteiligten deutschen Unternehmen ihrer menschenrechtlichen Verantwortung gerecht werden.

In Marikana haben die Arbeiter 2012 für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen gestreikt. Die südafrikanische Polizei hat den Streik gewaltsam aufgelöst und 34 Arbeiter erschossen. Fast sechs Jahre nach dem Massaker hat sich die Situation der Arbeiter kaum verbessert.

In Mogalakwena, 300 Kilometer nördlich, sieht die Situation nicht besser aus: Tausende Menschen haben durch die dortige Platinmine ihr Land und ihr Wasser, und damit ihre ganze Lebensgrundlage verloren.

Die Studie verdeutlicht auch die Verantwortung der deutschen Politik: Es wird nicht reichen, auf die freiwilligen Bemühungen der Unternehmen zu setzen. Damit sich die Situation der Menschen vor Ort verbessert, muss Unternehmensverantwortung verbindlich verankert werden. Wir dürfen nicht weiter hinnehmen, dass die Menschen, die für uns eines der wertvollsten Metalle der Welt aus dem Boden holen, unter menschenunwürdigen Bedingungen leben und arbeiten. Wir dürfen nicht weiter wegsehen, wenn für unseren Konsum Menschen vertrieben und die Umwelt zerstört wird.

DR. KLAUS SEITZ  
Abteilungsleiter Politik  
Brot für die Welt

# Einführung

## Platin – Motor für die deutsche Industrie

Platin ist eines der teuersten Metalle weltweit und wird von Südafrika im großen Stil nach Deutschland exportiert. Als Rohstoff ist Platin essentiell für den deutschen Automobilsektor und trägt mit zum wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands bei. Die Autohersteller brauchen Platin für Abgaskatalysatoren, mit denen die Schadstoffe in der Abluft ihrer Fahrzeuge reduziert wird. Doch während Platin in Deutschland die Luft reinhält, trägt sein Abbau in Südafrika zur Umweltverschmutzung bei und ist mit Menschenrechtsverletzungen verbunden.

Südafrika ist Marktführer bei der Förderung des Edelmetalls Platin. Mehr als 70 Prozent des weltweit geförderten Edelmetalls stammen von dort. Das Land verfügt über eine Platinreserve von 300 Jahren (Statistics South Africa, 2017, S. 21). Platin liegt damit an der Spitze der Rohstoffexporte aus Südafrika (OEC South Africa, 2016). Der Weltmarktpreis für eine Feinunze (31 Gramm) des grau-weiß glänzenden Metalls, dessen Name sich vom spanischen „plata“ – Silber – ableitet, ist hoch. Er liegt immer noch bei 804 Euro, obwohl der Preis in den letzten Monaten gefallen ist.

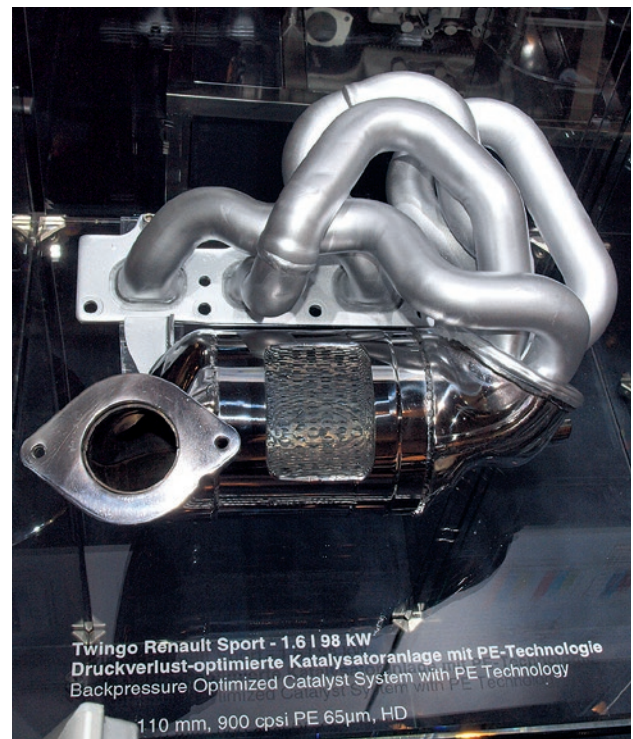
Ein Großteil des südafrikanischen Platins wird nach Deutschland exportiert. Im Jahr 2016 war Deutschland nach den USA und Japan weltweit drittgrößter Nettoimporteur (World's Richest Countries, 2016). Platin ist ein wichtiger Rohstoff für den deutschen Markt. Denn neben der Schmuckherstellung findet Platin vor allem Verwendung in der Autoindustrie, die mit einem jährlichen Umsatz von gut 400 Milliarden Euro eine enorme Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft hat.

Der Automobilsektor braucht Platin für die Herstellung von Abgaskatalysatoren für Dieselfahrzeuge. Rund ein Drittel des weltweit geförderten Platins wird in Katalysatoren verbaut (BGR, 2016, S. 16). Platin spielt aber zunehmend auch für sogenannte Zukunftstechnologien eine wichtige Rolle, allen voran als Rohstoff für Brennstoff- und Solarzellen.

Aufgrund strengerer Umweltgesetze sind heute mehr als 85 Prozent der neu hergestellten Fahrzeuge mit Abgaskatalysatoren ausgestattet. Beim Oxidationskatalysator von Dieselfahrzeugen werden die in den Autoabgasen enthaltenen Verbrennungsschadstoffe mit Hilfe eines platin- und rhodiumbeschichteten Keramik-Einsatzes durch Oxidation beziehungsweise Reduktion zu unschädlichen Stoffen umgewandelt. Auch wenn diese

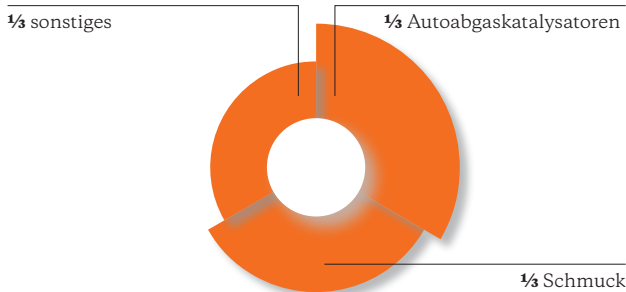
Verwendung mit dem nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom Februar 2018 möglich gewordenen Bann von Dieselfahrzeugen für deutsche Innenstädte, dem Volkswagen-Skandal und der zu erwartenden Zunahme von Elektroautos vermutlich abnehmen wird, liegt die jährliche Nachfragesteigerung in Deutschland bislang ungebrochen zwischen und 2 und 3,1 Prozent.

Die Platingruppenmetalle Platin, Palladium und Rhodium werden an internationalen Handelsplätzen wie der London Metal Exchange (LME) oder der New York Commodities Exchange (COMEX) gehandelt. Einzelne deutsche Unternehmen sind jedoch dazu übergegangen, Platin direkt bei den Minen in Südafrika einzukaufen: BMW bezieht 90 Prozent des benötigten Platins unmittelbar von dem südafrikanischen Minenbetreiber Anglo American Platinum, Tochter des britischen Bergbaukonzerns Anglo American. Ein weiterer wichtiger Importeur des in Südafrika geförderten Platins ist BASF. Der Ludwigshafener Chemiekonzern kauft jährlich Platin im Wert von 450 Millionen Euro aus Marikana, das ist mehr als die



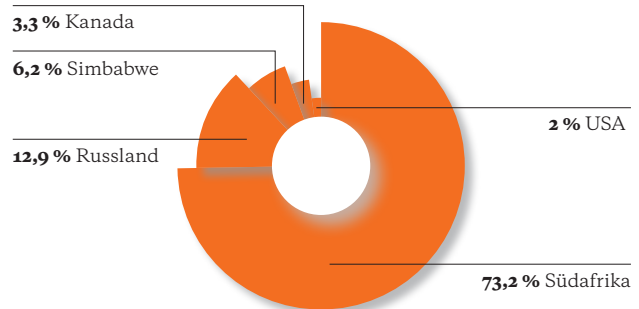
Mehr als ein Drittel des weltweit produzierten Platins wird für die Herstellung von Autoabgas-Katalysatoren verwendet.





#### Verwendung von Platin

Quelle: BGR, DERA Rohstoffinformationen, Risikobewertung Platingruppenmetalle – Platin, Palladium, Rhodium, 2016



#### Weltmarktanteile Platin

Quelle: BGR, DERA Rohstoffinformationen, Risikobewertung Platingruppenmetalle – Platin, Palladium, Rhodium, 2016

Hälfte der Jahresproduktion von Lonmin Platin, der südafrikanischen Tochtergesellschaft des britischen Bergbauunternehmens Lonmin (Buchen, 2016).

Beim sogenannten „direct sourcing“ – dem Direktbezug von Platin – geht es den Unternehmen vor allem um

die langfristige Sicherung ihres Bedarfs und weniger um den Preis, denn nur rund ein Prozent des Platinpreises ist frei verhandelbar. Die Referenzpreise für Platin und Palladium werden durch das LMEbullion bestimmt, ein von der LME im Dezember 2014 gestartetes webbasiertes

## Südafrikas neues Gold

Bergbau war für die industrielle und wirtschaftliche Entwicklung Südafrikas von zentraler Bedeutung. Auch in der Nach-Apartheid-Wirtschaft spielt der Bergbausektor noch immer eine wichtige Rolle. Südafrika fördert jährlich Bodenschätze im Wert von 75 Milliarden Euro. Die Ausfuhr von Edelmetallen, mineralischen Brennstoffen und Erzen macht rund 35 Prozent der gesamten Exporte aus und trägt mit gut 10 Prozent wesentlich zum Bruttoinlandsprodukt bei. Obwohl Südafrika weltweit für sein Gold bekannt ist, hat der Abbau im letzten Jahrzehnt stark abgenommen. Die Goldvorkommen reichen nur noch für die nächsten 40 Jahre.

Heute liegt Platin an der Spitze der Rohstoffexporte Südafrikas. Mehr als 70 Prozent des weltweit geförderten Platins stammt von dort, das Land hat eine Platinreserve von 300 Jahren (Statistics South Africa, 2017, S. 21). Die Förderung von Platin macht mit 41 Prozent einen Großteil des südafrikanischen Bergbaus aus. Alle großen Platinproduzenten, wie der weltgrößte Produzent Anglo American Platinum sowie Impala Platinum, Norilsk Nickel und Lonmin, sind in Südafrika vertreten. Viele der Unternehmen wurden in der Kolonialzeit gegründet und arbeiten noch immer

nach dem Prinzip der Ausbeutung von Rohstoffvorkommen und billigen schwarzen Arbeitskräften. Der Profit, der durch die Weiterverarbeitung und Wertschöpfung entsteht, geht jedoch in Länder des globalen Nordens, wie beispielsweise an den britischen Bergbaukonzern Lonmin.

Der Bergbausektor ist einer der größten Arbeitgeber Südafrikas, 2015 arbeiteten dort im Bergbau rund 490.000 Menschen. Ein Großteil von ihnen ist bei Arbeitsvermittlern oder Subunternehmen beschäftigt. Weil es immer mehr Leiharbeitsverhältnisse gibt, mit denen die Produzenten, Leistungen zur sozialen Sicherung umgehen, sind in den letzten Jahren viele reguläre Arbeitsplätze verloren gegangen (Statistics South Africa, 2015).

Ein Großteil der im Bergbau beschäftigten sind Wanderarbeiter und -arbeiterinnen aus sogenannten „labour sending areas“ (Regionen, aus denen angeworbene Arbeiter und Arbeiterinnen stammen). Sie lassen ihre Familien zurück, um in den Bergwerken unter menschenunwürdigen Bedingungen zu arbeiten und ein wenig Geld in die Heimat schicken zu können.

Tool, das zweimal täglich (9:45 und 14:00 Uhr) bei sogenannten Auktionen durch autorisierte Teilnehmer den Preis der Platingruppenmetalle ermittelt. Einer der autorisierten Teilnehmer ist BASF (DERA Rohstoffinformationen, Risikobewertung Platingruppenmetalle – Platin, Palladium, Rhodium, 2015).

Wegen des Vorwurfs, die Platinpreise zu manipulieren, musste sich BASF schon vor Gericht verantworten. Zwar wurde das vom US-Schmuckhersteller Modern Settings LLC eingeleitete Verfahren im März 2017 eingestellt, jedoch nur, weil der Bezug zu den USA fehlte (Stempel, 2017).

Abgaskatalysatoren von BASF kommen bei BMW, Daimler und VW und anderen europäischen Autoherstellern zum Einsatz. Während sie in Deutschland einen Beitrag zum Umweltschutz leisten, gefährdet der Platinabbau in Südafrika die Umwelt und verletzt die Menschenrechte von Arbeitern und Arbeiterinnen sowie Anwohnern und Anwohnerinnen.

## **Auswirkungen des Platinabbaus in Südafrika**

Südafrika ist heute von einer extremen Wasserkrise betroffen, von der Regierung wurde sie im Februar 2018 zur nationalen Katastrophe erklärt. Im ganzen Land wurden Wasserrestriktionen verhängt. Ein Grund für Südafrikas Wasserknappheit sind die großen Wassermengen, die bei der Förderung und Verarbeitung von Rohstoffen, hauptsächlich zur Kühlung und Reduzierung von Staub, eingesetzt werden. Ein Bergwerk benötigt zwischen 100.000 und 140.000 Liter Wasser pro Stunde. Für den Bergbau in Südafrika werden täglich rund 70 Millionen Liter Grundwasser an die Oberfläche gepumpt und in giftiges Minen-Abwasser umgewandelt.

Besonders trocken ist es im Nordosten des Landes, wo sich mit dem Bushveld-Komplex das weltweit wichtigste Platinvorkommen befindet. Das Gebiet besteht aus einem 39.000 Quadratkilometer großen sichelförmigen Areal, und drei Bereichen – dem Western Limb, Eastern Limb und Northern Limb. In den 1920er-Jahren begann man dort mit dem Abbau von Platin für industrielle Zwecke.

Die Förderung erfolgt abhängig von Größe, Gehalten und Morphologie der Lagerstätten sowohl im Tief als auch im Tagebau. Zur Gewinnung werden die geförderterten Roherze durch Sortieren, Brechen, Mahlen, Schwerentrennung und hintereinandergeschaltete Flotationsstufen zu platinhaltigen Konzentraten verarbeitet.

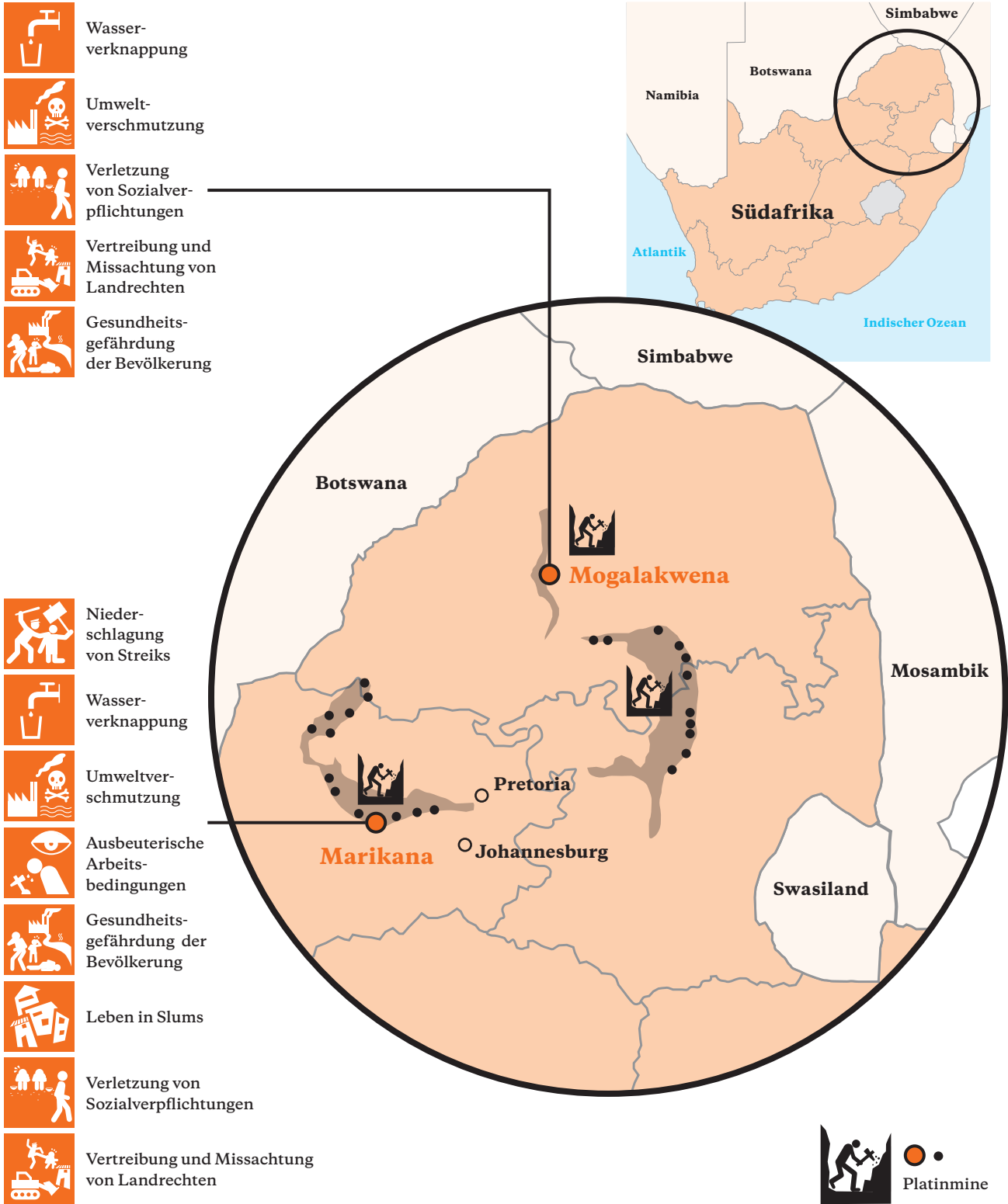
Problematisch sind nicht nur die dabei entstehenden Abwässer. Es besteht auch immer die Gefahr, dass durch Lecks oder nicht-ordnungsgemäße Entsorgung, Rückstände von Aluminium, Zink, Uranium oder Radium in den natürlichen Kreislauf gelangen. Zusätzlich verpesten die Abgase der Lüftungsschächte von Industrieanlagen, Staub und Schwefeldioxid die Luft in den Gegenden um die Bergwerke. Außerdem hat der Bergbau einen enormen Bedarf an günstiger Energie, die in Südafrika im Wesentlichen durch Kohle gedeckt wird. Südafrikas Treibhausgasemissionen sind mit 9,18 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Kopf sogar höher als die von China, Brasilien oder Indien.

Der Platinabbau ist nicht nur schädlich für die Umwelt, sondern auch für die Menschen, die in den Minen-Regionen leben und arbeiten. Aus der Kolonialzeit stammende Ungerechtigkeitsverhältnisse setzen sich bis heute fort. Die betroffenen Gemeinden werden nicht angemessen beteiligt, Pachtverträge mit den Bergbaukonzernen werden häufig von traditionellen, sogenannten „Chiefs“ ausgehandelt, die die Entschädigungen für den Landverlust veruntreuen. Durch den Zuzug von Wanderarbeitern und -arbeiterinnen wird die lokale Infrastruktur extrem belastet. All das führt immer wieder zu sozialen Konflikten und Unruhen.

Katastrophal sind auch die Arbeitsbedingungen in den Minen selbst. Die Arbeit unter Tage ist lebensgefährlich, immer wieder kommt es zu schweren Unglücken. Das Gehalt, was die Bergarbeiter und -arbeiterinnen erhalten, reicht in der Regel weder um die eigene Existenz noch um die ihrer Familien zu sichern.

Die Missstände im südafrikanischen Platinbergbau sind folglich ein strukturelles Problem. In dieser Publikation soll es durch die Darstellung der Situation an der Marikana- und der Mogalakwena-Mine beleuchtet werden, denn die beiden stehen exemplarisch für die mit dem Platinbergbau in Südafrika verbundenen Menschenrechtsverletzungen.





Grafik: Auswirkungen des Platinabbaus in Südafrika am Beispiel Marikana und Mogalakwena

## Kapitel 1

# Marikana – Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen

Die Marikana-Mine liegt im Nordwesten Südafrikas rund 100 Kilometer von Johannesburg entfernt. In der Gegend rund um Rustenburg leben etwa 30.000 Arbeiter und Arbeiterinnen in informellen Siedlungen. Sie haben weder Zugang zu Strom, noch fließendes Wasser und Sanitäranlagen. Die meisten ihrer Behausungen haben nur ein Wellblechdach, das sie kaum vor Wind, Wetter und den Ausdünstungen des nahe gelegenen Bergwerks schützt.

Jeden Morgen machen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen von Marikana auf den Weg unter Tage, wo die Roherze abgebaut werden. Um zu den Stollen zu gelangen, müssen sie kilometerweit in die Tiefe gehen. Eine Stunde dauert der Weg von der Oberfläche bis zum Abbaupunkt. In den engen und weniger als einen Meter hohen Stollen herrschen Temperaturen von bis zu 45 Grad.

Das Felsgestein wird in gebückter Haltung mit veralteten 40 Kilogramm schweren Pressluftschlämmern bearbeitet, die ohrenbetäubenden Lärm verursachen. Im Schnitt arbeiten die Hauer neun Stunden am Stück, sechs Tage die Woche. Der Staub, den sie dabei einatmen, löst Lungenerkrankungen wie Silikose, Tuberkulose, Asthma, und Hautreizungen aus. Über Tage atmen die Arbeiter und Arbeiterinnen die giftigen Abgase der Platinschmelzen ein. Schwere Unglücke mit Todesfällen sind an der Tagesordnung.

Der ständige zunehmende Nachfragedruck, führt dazu, dass immer tiefer gegraben wird, um weitere Vorkommen zu erschließen. Da Platin in sehr lockerem und porösem Gestein vorkommt, wird der Abbau mit zunehmender Tiefe der Grabungen gefährlicher. Wenn dann aus Kostengründen auf Sicherungsmaßnahmen verzichtet wird, mehren sich Unglücksfälle. Die Zahl der getöteten Arbeiter und Arbeiterinnen im südafrikanischen Platinbergbau steigt: Im Jahr 2014 wurden 16 Bergarbeiter und -arbeiterinnen getötet, 2015 waren es schon 21 und 2016 gab es 27 Todesfälle (wiwo, 2017).

Auch in den vom britischen Bergbauunternehmen Lonmin betriebenen Minen nehmen die Todesfälle seit 2014 stetig zu. Allein in den Monaten zwischen Januar und Juni 2017 starben fünf Menschen, die dort als Hauer beschäftigt waren, durch Arbeitsunfälle. Für die schwere und risikoreiche Tätigkeit werden die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht angemessen bezahlt.

Am 16. August 2012 erschoss die südafrikanische Polizei 34 Arbeiter und Arbeiterinnen der Marikana-Mine, die für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen gestreikt hatten, verletzte 78 weitere und nahm Hunderte von ihnen fest. Das Marikana-Massaker hat die

Menschen in Südafrika und in der ganzen Welt schockiert, Erinnerungen an die Apartheid-Zeit wachgerufen und ist in die Geschichte des Landes eingegangen. An der Lebenssituation in Marikana hat sich seitdem jedoch kaum etwas verändert.

## 1.1 Lebensbedingungen in Marikana

Die Lebensbedingungen in südafrikanischen Bergbaugebieten sind noch immer stark durch die sozialen und ökonomischen Ungerechtigkeiten des Apartheid-Regimes beeinflusst, von dem die schwarze Bevölkerung fast 45 Jahre lang unterdrückt wurde. Eine wesentliche Ausprägung dessen war die strikte räumliche Trennung von schwarzen und weißen Menschen. Unter dem Vorwand der „gleichen aber getrennten Entwicklung des Landes“ hatten bereits die britischen Kolonialherren Gesetze etabliert, die 87 Prozent der Landesfläche exklusiver weißer Verwendung zuwies. Und zwar weitestgehend die Regionen, wo wertvolle Bodenschätze lagerten, die Industrialisierung durchstartete und sich neue städtische Zentren entwickelten. Der viel kleine Rest des Landes wurde der wesentlich größeren schwarzen Population überlassen. Die sogenannten „Homelands“ – Heimatländer oder traditionelle Siedlungsgebiete. Zu



Derzeit leben 30.000 Menschen in informellen Siedlungen rund um die Marikana-Mine.

Hochzeiten der Apartheid in den 1980er-Jahren war die Segregation soweit fortgeschritten, dass mehr als die Hälfte der schwarzen Bevölkerung in solchen Gebieten lebte. Die ländlichen Gegenden waren größtenteils strukturschwach, landwirtschaftlich ungeeignet, hoffnungslos überbevölkert und verarmt – und sie produzierten Wanderarbeiter und -arbeiterinnen: Um der Armut zu entfliehen und ihre Familien zu ernähren, verließen viele die „Homelands“ auf der Suche nach Arbeit. Auch die Arbeiter und Arbeiterinnen der Marikana-Mine stammen überwiegend aus solchen Gegenden (Lonmin, 2015). In den Minen-Städten unternahm man alles, um die „einströmenden“ Wanderarbeiter und -arbeiterinnen getrennt von der lokalen Bevölkerung zu halten. Sie wurden in riesigen heruntergekommenen Wohnheimen, die wie Militärlasernen aussahen, untergebracht. Dort mussten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen völlig überfüllte Schlafsäle teilen und hatten keinerlei Privatsphäre.

So wurden die Wohnheime zum Symbol für die Entmenschlichung schwarzer Arbeiter und Arbeiterinnen unter dem Apartheid-Regime.

Mit dem Ende der Apartheid 1994 änderte sich daran nur langsam etwas. Da der Wohnheimplatz begrenzt und die Lebensbedingungen dort unerträglich waren, begannen einige Wanderarbeiter und -arbeiterinnen sich in der Umgebung anzusiedeln. Sie mieteten sich Baracken oder bauten Wellblechhütten in Hinterhöfen und anderen freistehenden Flächen. Auch die Minenbetreiber bauten teilweise Wohnungen für ihre Angestellten, um ihnen ein Leben außerhalb der Wohnheime zu ermöglichen. Weil diese sehr viel teurer waren als die in den Wohnheimen, forderte die nationale Minenarbeiter-Gewerkschaft (National Union of Mineworkers, NUM) ein Wohngeld (Living Out Allowance, LOA) für diejenigen, die außerhalb der Wohnheime lebten.

David Ramohanoe beschreibt: „Als ich meine Arbeit bei Lonmin begann, wohnte ich zunächst im Wonderkop-Wohnheim. Es war schrecklich, wir schliefen meist zu acht in einem kleinen Raum. Es gab keinen Platz für persönliche Dinge, wir hatten jeder nur ein Bett und ein kleines Schließfach. Es gab Gemeinschaftsduschen und -toiletten. Es gab eine Kantine und eine Wäscherei, aber nur für die Arbeitsbekleidung. Deine eigenen Sachen musstest Du selber waschen und immer wurde irgendwas gestohlen. Es gab keine Privatsphäre. Die Hälfte der Arbeiter lebte in Wellblechhütten, sie wollten nicht im Wohnheim wohnen. Als wir eine Living Out Allowance bekamen, zog ich auch in eine Hütte. Ich bezahlte dafür



Wenn es regnet, vermischt sich Wasser und Schlamm mit Abwasser und Abfall.

200 Rand und konnte den Rest des Geldes für Nahrung, Waschartikel und als Lohnergänzung nutzen.“

Die LOA kam den Minenunternehmen gerade recht, um die Situation der überfüllten Wohnheime kurzfristig zu lösen. Statt dem chronischen Mangel an Wohnraum entgegenzuwirken und angemessene Unterkünfte zu schaffen, zahlten sie nun eine LOA. Aber weil die Löhne der Arbeiter und -arbeiterinnen so niedrig blieben, dass sie sich auch mit der LOA nicht die Miete für eine Wohnung leisten konnten, nutzten sie das Geld um ihre Gehälter aufzubessern und die Finanzspritzen für ihre Familien in den „Homelands“ erhöhen zu können. Statt in eine Wohnung zog ein Großteil der Arbeiter und Arbeiterinnen in informelle Siedlungen, die dadurch immer größer wurden. Der rasante Zuzug wurde zur Belastungsprobe für die ohnehin knappe Infrastruktur der umliegenden Dörfer.

Während die meisten Wohnheime inzwischen in Wohnungen umgewandelt wurden, bestehen die informellen Siedlungen fort: Nach Angaben der Bench Marks Foundation leben 30.000 der 32.000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Marikana-Mine in informellen Siedlungen. Die Siedlungen bestehen aus dicht aneinander gedrängten Hütten, die aus Wellblech und Bauabfällen behelfsmäßig zusammengezimmert wurden. Die Hütten mit ein oder zwei Räumen bieten kaum Schutz vor Kälte, Hitze

und Regen und meistens auch nicht genügend Platz für die darin lebenden Menschen. Sie sind weder an Strom, Wasser noch Abwasser angeschlossen. Wasser muss von Wasserstellen beschafft werden und Strom durch illegales Anzapfen des öffentlichen Netzes.

Da es keine privaten Sanitäreinrichtungen gibt, teilen sich bis zu 100 Menschen eine Latrine (Amnesty International, 2016, S. 47). Die unbefestigten Straßen und Häuser sind vom Staub der Bergwerke überzogen. Noch schlimmer ist es, wenn es regnet. Dann verwandelt sich der Staub in dicken, klebrigen Schlamm, der von den Hütten weggeschaufelt werden muss. Müll und Abwasser verteilt sich in der Siedlung. Durch das Überlaufen von Dämmen der Absetzbecken und unzureichende Klärung wird auch das Grundwasser verschmutzt.

Der Aktivist Chris Molebatsi von der Bench Marks Foundation sorgt sich um die Gesundheit seiner Gemeinschaft:

---

**„Die Siedlungen wachsen ständig. Es gibt kein Land mehr in der Nähe der Wasserstellen und neue Gebiete können nicht mit Strom versorgt werden. Plumpsklos sind unzureichend und schlecht gebaut. Ungeklärtes Abwasser ist besonders wenn es regnet ein Problem. Die Müllentsorgung ist unzuverlässig und Schweine und Hunde leben von dem Abfallhaufen. Menschen bauen ihre Baracken direkt neben den Stromleitungen und Abluftschächten der Bergwerke und setzen sich damit Umweltrisiken aus.“**

---

Ein Bergarbeiter, der draußen vor seiner Hütte seine Kleidung wäscht, antwortet auf die Frage nach seinen Lebensbedingungen: „Was soll ich Ihnen erzählen, Sie können es mit Ihren eigenen Augen sehen. Sie denken, es ist schrecklich, so zu leben? Sie gewöhnen sich daran,

hier in Würde zu leben. Sehen Sie, ich wasche noch immer meine Kleidung. Ich kann nicht herumlaufen, als ob ich mich nicht selbst respektiere.“

## 1.2 Auswirkungen auf lokale Gemeinschaften

Die Marikana-Mine und die informellen Siedlungen der Arbeiter und Arbeiterinnen haben nachteilige Auswirkungen auf die Wonderkop-Community, die 1920 von schwarzen Afrikanern und Afrikanerinnen gegründet wurde (Bloom, 2017). Die Gemeinschaft verlor durch die Gründung der Marikana-Mine einen beträchtlichen Teil ihres Acker- und Weidelands. Seitdem sind die Anwohner und Anwohnerinnen den von der Mine ausgehenden Umweltbelastungen ausgesetzt und müssen die knappe Infrastruktur mit tausenden Wanderarbeitern und Arbeiterinnen teilen. Erhoffte Arbeitsplätze hat die Mine kaum gebracht. Stattdessen konkurrieren die Alteingesessenen mit den Neuzugezogenen um die wenigen vorhandenen Jobs. Dadurch kommt es immer wieder zu sozialen Konflikten.

David Ramohanoe, ein früherer Bezirksrat von Wonderkop, meint dazu: „Wir haben die Wanderarbeiter und -arbeiterinnen in unseren Gemeinschaften freundlich aufgenommen und die geringen vorhandenen Ressourcen mit ihnen geteilt. Wir haben für sie Wasserstellen in den informellen Siedlungen eingerichtet. Unsere Schulen und Kliniken sind überlastet.“

Die jungen Menschen der Wonderkop-Community haben kaum Aussichten auf einen Job. Viele denken daher, dass die Mine Arbeitsplätze für die Jugendlichen aus der Region schaffen sollte, statt Wanderarbeiter zu beschäftigen, und die Entwicklung der lokalen Wirtschaft fördern sollte.

Wendy vom Marikana-Arbeitslosenforum „Viele kommen zu uns, die sich nur um die Wanderarbeiter kümmern. Sie sehen uns nicht. Wir sind in diesen Hütten verloren. Wir können nirgendwo anders hin, wir haben keine andere Heimat. Wir brauchen Jobs und gute Perspektiven. Aber es gibt so viele Versprechungen, die nie umgesetzt werden und von denen nur wenige profitieren.“

Der lokale Aktivist Chris Molebatsi erklärt: „Die lokale Gemeinschaft subventioniert die Mine, sie zahlt die sozialen und Umweltkosten, die durch die Mine entstehen, insbesondere die knappen Ressourcen, die sie mit den Wanderarbeitern im Gebiet teilt.“



Für den Verlust ihres Landes wurde die Wonderkop-Community auch nicht angemessen entschädigt.

Dazu beigetragen hat das während der Apartheid etablierte Rassentrennungssystem, das sich bis heute fortwirkt. Schwarzen war es nicht möglich, Eigentum an Land zu erwerben. Stattdessen wurde das Land in den „Homelands“ von Stammesautoritäten verwaltet, den Bapo-ba-Mogale. Die sogenannten Chiefs der Bapo-ba-Mogale handelten die Verträge mit den Bergbaukonzernen aus und zogen die Pachtzahlungen ein, wobei es immer wieder zu Unregelmäßigkeiten kam. Bei den betroffenen Gemeinschaften kam das Geld in der Regel nicht an. Obwohl die „Homelands“ mit der Schaffung eines neuen, vereinten südafrikanischen Staats formal aufgehört hatten zu existieren, blieben die alten Rohstoffpachtverträge auch nach dem Ende der Apartheid in Kraft.

Im Fall der Marikana-Mine hatte Lonmin mit den Bapo-ba-Mogale vereinbart, als Entschädigung für den Landverlust eine jährliche Konzession von 12 Prozent des Gewinns auf ein Konto für Gemeinschaftsentwicklung einzuzahlen, das von der Provinzregierung verwaltet wurde (Boyle, 2016). Untersuchungen zu Korruptionsvorwürfen, die im Juni 2017 abgeschlossen wurden, haben ergeben, dass der Fond sehr schlecht bewirtschaftet wurde. Es gab Unregelmäßigkeiten bei Ausschreibungsverfahren, der Kontoführung und Millionen von Rand wurden für den Bau eines Palastes verschwendet (Mathope, 2017). Über eine vom Wonderkop Land Claim Committee (WLCC) eingereichte Klage, in der sich die Gemeinschaft darauf beruft, dass die traditionelle Autorität Bapo-ba-Mogale keine Legitimität besitze, dysfunktional sei und nicht in der Lage, die Angelegenheiten der Gemeinde zu erledigen (Legal Resources Center, 2014), wurde noch nicht entschieden.

Ramohano, der Vorsitzende des WLCC, spricht über mangelnde Entwicklungsprogramme: „Weil dies als traditionelles Land betrachtet wird, haben die Anwohner uns Anwohnerinnen bis heute keine Unterstützung für Entwicklungsprogramme erhalten, öffentliche Dienstleistungen funktionieren nicht. Die Kommune hat zwar einen Entwicklungsplan vorgelegt, aber keine Mittel für dessen Umsetzung, so werden Ziele nicht erreicht. Wir bekommen von der Mine keinerlei Entschädigung oder Gewinnbeteiligung.“

Hauptverantwortlich für die beschriebenen Missstände sind die Provinzregierung und die südafrikanische Regierung, die Korruption verhindern und sicherstellen

sollte, dass lokale Gemeinschaften angemessen für die Nutzung ihres Landes entschädigt werden. Unternehmen sind jedoch mitverantwortlich, wenn sie sich Korruption zu Nutze machen.

### 1.3 Die Rolle vom Platinunternehmen Lonmin

Die Marikana-Mine wird von Lonmin Platinum, dem viertgrößten Platinproduzenten der Welt betrieben. Das Unternehmen ist eine hundertprozentige Tochtergesellschaft des britischen Bergbauunternehmens Lonmin. Hauptkunde von Lonmin Platinum ist der deutsche Chemiekonzern BASF. Dieser kauft mehr als 50 Prozent des in Marikana geförderten Platins und setzt es zur Herstellung von Katalysatoren für die deutsche Automobilindustrie ein.

In Anbetracht der desolaten Wohnsituation der Minenarbeiter und -arbeiterinnen verabschiedete die südafrikanische Regierung 2002 die Bergbau-Charta und bestimmte, dass Minenunternehmen zum Erhalt von Bergbaulizenzen einen sogenannten Sozial- und Arbeitsplan (SLP) vorlegen müssen. Ziel der SLPs ist die sozio-ökonomische Entwicklung der Explorationsgebiete. Dazu verpflichten sich die Unternehmen zu Maßnahmen, die der Verbesserung der Wohn-, Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie Bildungs- und Aufstiegschancen in der Region dienen (SLP-Richtlinien 2004/2010). Die SLPs sind rechtlich verbindlich, werden vom Ministerium für Bodenschätze (Department of Mineral Resources) kontrolliert und alle fünf Jahre erneuert.

2006 verkündete Lonmin's damaliger Vorstandsvorsitzender Brad Mills seine Vision, in Marikana „lebendige, behagliche Gemeinschaften der Mittelklasse“ aufzubauen, deren gut ausgebildete Kinder „gut bezahlte Jobs“ haben (Creamer, 2007). Im selben Jahr legte Lonmin Platinum einen SLP vor, in dem sich das Unternehmen zum Umbau von 114 Wohnheimblöcken und zum Bau von 5.500 Wohnungen bis 2011 verpflichtete (CALSA, 2012).

Zum Zeitpunkt des Massakers im August 2012 waren aber erst 60 Wohnheime umgebaut und drei Musterwohnungen fertiggestellt worden. Weil nach dem Umbau einer Person der Platz zur Verfügung steht, den sich vorher 16 teilten, verknappte sich der Wohnraum und weitere Arbeiter und Arbeiterinnen wurden in die ohnehin schon völlig überlasteten informellen Siedlungen gedrängt.

## Wie es zum Massaker kam

Auch von einer „guten Bezahlung“ war man zum Zeitpunkt des Massakers im August 2012 weit entfernt. Die Beschäftigten von Lonmin verdienten weit weniger als Bergarbeiter und -arbeiterinnen in den benachbarten Minen. Der Basislohn ohne Zuschüsse betrug bei Lonmin 5.891 Rand (580 Euro) im Monat. Bei Anglo American Platinum waren es 6.400 Rand (630 Euro) und bei Impala Platinum 7.194 Rand (700 Euro).

Impala hatte nach einem wilden Streik von Hauern einer erheblichen Lohnerhöhung zugestimmt. Als Reaktion darauf überprüfte auch Anglo die geringe Bezahlung von Hauern und führte einen Zuschuss ein (AIDC 2014, S. 15). Als die Lonmin-Hauer im Januar 2012 davon erfuhren, verlangten auch sie eine Lohnerhöhung. Sie forderten zunächst 12.500 Rand (1.200 Euro), waren aber bereit in Verhandlungen auf 7.000 Rand (690 Euro) runterzugehen. Das Management von Lonmin verweigerte sich aber jeglichen Verhandlungen und berief sich auf das zweijährige Tarifabkommen, was mit der NUM ausgehandelt worden war. Die Arbeiter und Arbeiterinnen fühlten sich von NUM jedoch nicht repräsentiert. Die NUM wurde einst von Cyril Ramaphosa geleitet, der nun im Vorstand von Lonmin saß. Heute ist Cyril Ramaphosa einer der reichsten Männer Südafrikas, im Februar 2018 übernahm er das Präsidentenamt von seinem Vorgänger Jacob Zuma.

Am 10. August 2012 traten die Hauer der Marikana-Mine in einen wilden Streik ein, der am 16. August, dem Tag des Massakers, eskalierte. In den Tagen davor war die Situation extrem angespannt. Die NUM versuchte den Streik gemeinsam mit Lonmin zu brechen und schüchtern streikende Arbeiter und Arbeiterinnen ein. Die Folge war ein gewaltsamer Konflikt zwischen den Streikenden, der NUM und den übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen, durch den 10 Menschen getötet wurden. Unter den Getöteten waren auch vier Polizei- und Sicherheitskräfte.

Zu diesem Zeitpunkt hätte es eigentlich klar sein müssen, dass es unmöglich sein würde, eine durch die NUM vermittelte Verhandlungslösung mit den Arbeitern und Arbeiterinnen zu erzielen. Trotzdem weigerte sich Lonmin, direkt mit den Arbeitern und Arbeiterinnen zu sprechen. Stattdessen bezeichnete Cyril Ramaphosa die Aktivitäten der Streikenden als

„heimtückisch kriminell“ und forderte in E-Mails an die Geschäftsleitung „entsprechende Begleitmaßnahmen“. Ramaphosa versicherte, dass er sich an hohe Regierungsbeamte wenden würde, mit dem Appell im Interesse von Lonmin zu intervenieren (Sosibo, 2015). Er nahm Kontakt mit dem Polizeiminister Nathi Mthethwa auf und überzeugte ihn, weitere Polizeieinheiten nach Marikana zu schicken (Alexander, 2017). Die Polizeipräsenz nahm dramatisch zu.

Am 14. August hatten sich 3.000 Streikende auf dem „Wonderkop Koppie“ versammelt, einem kleinen Hügel zwei Kilometer westlich der Mine. Da die streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen kein Vertrauen in die NUM hatten, war eine andere Gewerkschaft, die Association of Mineworkers and Construction Union (ACMU) und ihr Präsident Joseph Mathunja anwesend. ACMU hatte zuvor hauptsächlich die Leiharbeiter und -arbeiterinnen vertreten. Die Streikenden bestanden darauf, vom Lonmin-Management gehört zu werden. Joseph Mathunja wandte sich mit dieser Bitte mehrmals an Lonmin, aber das Management weigerte sich und ließ so die letzte Chance zur friedlichen Beilegung des Streiks ungenutzt verstreichen. Am 16. August ging Joseph Mathunja zum „Wonderkop Koppie“, kniete nieder und bat die Streikenden, ein Blutbad zu verhindern. Nachdem er gegangen war, kam Bischof Johannes Seoka, Vorstand der Bench Marks Foundation, zum „Koppie“ und bot sich als Mediator an. Doch Lonmin wies sein Angebot wie schon zuvor mit dem Argument zurück, die



Am 16. August 2012 wurden von der Polizei 34 Arbeiter getötet, 78 wurden verletzt. Bis heute wurde kein Polizist dafür verurteilt.



Arbeiter und Arbeiterinnen sollten erst wieder ihre Arbeit aufnehmen, dann würde man mit ihnen reden. Außerdem teilte man Bischof Seoka mit, er könne nicht mehr zum „Koppie“, weil der Ort zum Sicherheitsbereich erklärt worden sei. Besorgt um die Arbeiter und Arbeiterinnen ging Joseph Mathunja noch einmal zum „Koppie“ und bat sie sich zurückzuziehen, weil er befürchtete, dass die Polizei auf sie schießen werde. Als die Polizei begann den „Koppie“ mit Stacheldraht abzusperren, zerstreuten sich die Streikenden mehr und mehr, manche entschieden sich aber auszuharren. Schließlich bemerkten die Anführer des Streiks, dass sie eingeschlossen waren und entschieden den Ort zu verlassen. Doch dafür war es zu spät. Minuten später eröffnete die Polizei das Feuer. 17 Arbeiter und Arbeiterinnen starben im Kugelhagel und viele weitere wurden verletzt.

Erst nach einer Stunde wurde Sanitätern und Sanitäterinnen erlaubt, sich um die Verletzten zu kümmern. Am

„Small Koppie“, einem in der Nähe gelegenen Hügel, wurden weitere 17 Arbeiter und Arbeiterinnen getötet.

Kriminalistische Untersuchungen ergaben, dass sich die Getöteten auf der Flucht befanden. Sie waren nach den ersten Schüssen am „Wonderkop Koppie“ zum „Small Koppie“ geflohen und versteckten sich dort. Am 16. August 2012 tötete die südafrikanische Polizei insgesamt 34 Arbeiter und Arbeiterinnen, die dafür eingetreten waren, was ihnen nach internationalem Recht zusteht, menschenwürdige Arbeit, eine angemessene und bezahlbare Unterkunft, ein Gehalt, was geeignet ist, ihre Existenz zu sichern und eine Gewerkschaft, die ihre Interessen vertritt. In den Tagen nach dem Massaker wurde die Gemeinschaft rund um die Uhr von der Polizei belagert. Es fanden Hetzjagden auf Arbeiter und Arbeiterinnen statt, Hunderte wurden festgenommen.

## 1.4 Situation heute

**„Marikana war ein Wendepunkt für unser Land. Die politische Landschaft hat sich verändert. Der Unmut der Arbeiter über ihre Interessensvertretung trat deutlich hervor. Marikana hat alles geändert, aber in Marikana hat sich fast nichts geändert.“** Chris Molebatsi

Seit dem Massaker hat Lonmin nichts zur Verbesserung der Situation der Arbeiter unternommen. Die Witwen der Arbeiter wurden nicht entschädigt, die Löhne liegen weiterhin deutlich unter dem was Bergarbeiter und -arbeiterinnen in Südafrika durchschnittlich verdienen und weil Lonmin seinen Verpflichtungen zum Häuserbau nicht nachgekommen ist, lebt die Mehrheit der Lonmin-Arbeiter und -Arbeiterinnen innen nach wie vor in Wellblechhütten ohne ausreichenden Zugang zu fließend Wasser, Sanitär und Strom.

Die gewaltsame Niederlegung des Streiks durch die südafrikanische Polizei hat das Land schockiert und das Vertrauen der Menschen gebrochen, dass sich in der Apartheid-Zeit durch den Staat erlittenes Unrecht und brutale Gewalt nicht wiederholen. Arbeiter und Arbeiterinnen sowie Gemeinschaften im ganzen Land forderten eine sorgfältige Untersuchung der Ereignisse, die juristische



Chris Molebatsi arbeitet als Gemeindeorganisator für die Beneh Marks-Stiftung in Marikana. Er unterstützt die Gemeinden darin, Lonmins Verhalten zu überwachen und setzt sich für Reformen ein.

## Witwen von Marikana, Auszug der Rede bei der BASF Aktionärsversammlung in Mannheim/Deutschland, 29. April 2016

„Ich bin Agnes Makopanao Thelejane, mein Mann wurde beim Massaker getötet. Ich arbeite nun bei Lonmin und mache den Hof sauber. Andere Witwen arbeiten jetzt unter Tage in der gleichen ungesunden, gefährlichen, lauten und dunklen Umgebung, in der unsere Männer gearbeitet haben. Unter diesen Arbeitsbedingungen werden wir hier sterben oder durch Tuberkulose, Silikose und Verletzungen krank und dann entlassen werden, damit wir zu Hause sterben.

Lonmin sagt, sie haben den Familien der getöteten Arbeiter Jobs gegeben. Aber sie sagen, dass mein Mann,

der im gleichen Bergwerk unter Tage gearbeitet hat, durch eine andere Firma bezahlt wurde. Daher wird mir Lonmin nicht das gesetzlich vorgeschriebene Sterbegeld, das die Lonmin-Arbeiter erhalten, bezahlen, mir keinen Job geben oder mir helfen, meine Kinder in die Schule zu schicken. Sie sagen, ich soll mit der Firma reden, die ich gar nicht kenne. Wir erhalten kein Geld und wissen nicht, ob wir morgen etwas für unsere Kinder zu essen haben. Unsere Nachbarn helfen uns und bringen uns Mahlzeiten. Wir können weder Schuluniformen kaufen noch das Dach reparieren, wenn es hereinregnet.“

Verfolgung der Verantwortlichen, eine öffentliche Entschuldigung und Entschädigung.

Sechs Jahre nach dem Massaker wurden diese Forderungen noch immer nicht umgesetzt: Trotz einer durch den damaligen südafrikanischen Präsidenten Jacob Zuma eingesetzten Untersuchungskommission wurde keiner der beteiligten Polizisten wegen der Morde in

Marikana strafrechtlich verfolgt. Die südafrikanische Regierung hat keine Verantwortung übernommen und die Betroffenen warten noch immer auf Entschädigung.

Im November 2015 haben 300 Betroffene des Marikana-Massakers, vertreten durch das Legal Resource Center (LRC), Klage gegen Lonmin, den damaligen Vizepräsidenten Cyril Ramaphosa und die südafrikanische

## Living wages

„Living wages“ (existenzsichernde Löhne) meinen, wie der Begriff schon andeutet, ein Gehalt, das geeignet ist, die Existenz der Empfänger und Empfängerinnen im Sinne eines angemessenen Lebensstandards zu sichern. Eine international verbindliche Definition existiert dafür nicht. Es gibt aber Kriterien, beispielsweise von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die immer wieder genannt werden. Danach ist ein existenzsichernder Lohn ein berufliches Einkommen, das die wesentlichen Bedürfnisse des Arbeitnehmers und gegebenenfalls seiner Familie deckt. Das heißt das Einkommen muss reichen für Nahrung, eine angemessene Unterkunft, Kleidung, Bildung und Gesundheitsversorgung. Außerdem wird davon ausgegangen, dass ein Teil zur freien Verfügung bleiben muss. Was als existenzsichernder Lohn angesehen werden kann, bestimmt sich also nach den

Lebenshaltungskosten vor Ort und variiert damit von Land zu Land. Teilweise gibt es sogar innerhalb eines Landes sehr große Unterschiede (Land versus Großstadt). Auf Südafrika angewandt beläuft sich ein existenzsichernder Lohn für eine vierköpfige Familie auf 11600-17600 Rand (790-1.200 Euro) im Monat (Wage Indicator, 2018). Die Minengewerkschaft AMCU verortet den existenzsichernden Lohn für die Platinbergarbeiter im oberen Segment dieser Lohnspanne ein. Die meisten Minenarbeiter sind Wanderarbeiter und haben oft große Familien in ihren Heimatorten. Nicht wenige haben mittlerweile in Marikana eine zweite Familie gegründet, die sie ebenfalls versorgen müssen. Auch die Lebensverhältnisse der Minenarbeiter in Marikana verdeutlichen, dass der derzeitige Lohn nicht ausreicht. Dies trifft umso deutlicher auf die vielen Leiharbeiter zu, die deutlich weniger verdienen.



## **Mzoxolo Magidwana: Auszug aus der Rede bei der BASF Aktionärsversammlung in Mannheim/ Deutschland, 12. Mai 2017**

Ich heiße Mzoxolo Magidwana und bin 29 Jahre alt. Ich arbeite seit 2011 bei Lonmin. Ich habe im Jahr 2012 mitgestreikt. 34 Arbeiter wurden

erschossen, ich bekam neun Kugeln ab, zwei gingen durch meinen Körper hindurch, sieben wurden im Krankenhaus herausoperiert. Daher nannten sie mich „dead man walking“ („laufender Toter“). Es ist ein Wunder, dass ich überlebt habe.

2012 haben wir für existenzsichernde Löhne und bessere Arbeits- und Lebensbedingungen bei Lonmin gestreikt. Wir erwarteten, dass unser Arbeitgeber Lonmin mit uns reden würde. Stattdessen schickte Lonmin die Polizei, die dann auf uns schoss und unsere Kameraden tötete. Ich glaube, dass Lonmin das Problem hätte lösen können anstatt uns wie Tiere zu töten. Sie hätten uns sagen können, dass sie nicht in der Lage sind, unsere Forderungen zu erfüllen. Sie hätten auch einige von uns entlassen können.

Am meisten verletzt mich, dass ich Opfer der Polizeigewalt wurde und dennoch eine Strafanzeige erhalten habe für etwas, das ich nicht getan habe. Ich bin ein Opfer, werde aber wie ein Täter behandelt, bisher wurde niemand wegen der Schüsse und der Ermordungen

angeklagt. Vor diesem Hintergrund möchte ich über die heutige Situation reden: Seit dem Massaker hat sich nichts geändert. Menschen sterben unter Tage, weil Lonmin Druck zum Nutzen der Kunden, zu denen auch BASF gehört, auf sie ausübt, Unsere Forderung nach existenzsichernden Löhnen ist noch nicht erfüllt. Wir Opfer haben noch keine Entschädigung erhalten: weder für die Verstorbenen, noch die Witwen, Waisen und die Verletzten.

Bis heute wurde niemand von der Regierung oder bei Lonmin wegen dem Massaker angeklagt. Die Mehrheit der bei Lonmin Arbeitenden lebt noch immer in Wellblechhütten, in denen sich Ratten tummeln. Es gibt kein fließendes Wasser in den Haushalten, nur eine Wasserstelle für viele Familien. Nicht alle Gebiete haben Strom. Die Toiletten werden von vielen geteilt, sie sind einfach nur ein Loch im Boden ohne chemische Klärung. Unter diesen Bedingungen ist ein Leben in Würde nicht möglich. BASF kauft monatlich Platin im Wert von vielen Millionen Euro. Wir wissen, dass das Management von Lonmin und BASF große Gewinne erzielen, wir wissen, dass wir eines der weltweit wertvollsten Metalle abbauen. Ich wünsche mir, dass BASF Druck auf Lonmin ausübt, um die Probleme mit den Arbeitern zu lösen. Wir möchten einfach in Würde leben – ich denke, das ist verständlich.

Regierung eingereicht und eine finanzielle Entschädigung für den Verlust von Familienangehörigen, für Körperverletzungen, für rechtswidrige Inhaftierungen und falsche Anschuldigungen gefordert. Im März 2017 – die Zahl der Klagen war zwischenzeitlich auf 652 angestiegen – erklärte sich die Regierung zu einem Vergleich in Höhe von 1,17 Milliarden Rand (rund 83 Millionen Euro) bereit, den sie noch immer nicht beglichen hat. Auch ein Urteil steht wegen der zwischenzeitlichen Vergleichsverhandlungen noch aus.

Lonmin hat zwar den Familien der getöteten fest angestellten Arbeitern und Arbeiterinnen ein Sterbegeld gezahlt, nicht aber den Familien von Getöteten, die durch Leiharbeitsfirmen angestellt oder ausländischer

Nationalität waren (Marinovich, 2016, S. 167). Für einige Kinder von Getöteten zahlt Lonmin ein Schulgeld und die Witwen erhielten Arbeit als Reinigungskräfte in den Verwaltungsgebäuden des Bergwerks oder unter Tage – auch diese Zugeständnisse mussten jedoch erst von den Anwälten der betroffenen Familien ausgehandelt werden (SERI, 2015).

Die Löhne haben sich aufgrund ausdauernder Arbeitskämpfe etwas verbessert. Inzwischen bekommen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Marikana-Mine ein monatliches Basisgehalt von 10.296 Rand (660 Euro) das laut dem aktuellen Tarifvertrag bis 2019 auf 12.296 Rand (780 Euro) ansteigen wird (Lonmin, 2016). Es würde dann fast an die 12.500 Rand heranreichen, die von den

Arbeitern und Arbeiterinnen zu Beginn des Streiks im August 2012 gefordert wurden. Hinzu kommen Urlaubs- und Wohngeld in Höhe von ca. 4000 Rand (ca. 260 Euro).

Allerdings lag die Inflationsrate in Südafrika zwischen 2012 und 2018 zwischen fünf und sechs Prozent. Die Reallöhne sind kaum angestiegen (Statista, 2017). Das Gehalt liegt immer noch deutlich unter dem Gehaltsniveau im südafrikanischen Bergbau: Im Schnitt erhält ein Bergarbeiter in Südafrika ein Monatsgehalt von 17.500 Rand (1.200 Euro) (Payscale, 2018). Berücksichtigt man, dass die Arbeiter und Arbeiterinnen der Marikana-Mine im Schnitt acht Familienmitglieder mitversorgen müssen, ist das Gehalt nicht geeignet einen angemessenen Lebensstandards im Sinne eines existenzsichernden Lohns zu gewährleisten (vgl. Kasten existenzsichernde Löhne).

Noch schlechter trifft es die vielen Leiharbeiter und -arbeiterinnen, die im Marikana-Bergwerk arbeiten. Laut AMCU gibt es mehr als 40 Leiharbeitsfirmen, über die 5.000 bis 10.000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind, also rund ein Drittel der gesamten Belegschaft. Die Leiharbeiter und -arbeiterinnen fallen nicht unter den neu ausgehandelten Tarifvertrag und werden schlechter bezahlt. In Interviews sagten einige, dass sie bei Lonmin für gefährlichere Arbeiten eingesetzt und schneller entlassen werden, wenn sie sich verletzen oder krank sind. Leiharbeitern und -arbeiterinnen berichten auch, dass die Leiharbeitsfirmen den Arbeitern und Arbeiterinnen raten, Verletzungen bei der Arbeit nicht zu melden, da sonst ihr Verhältnis mit dem Bergbauunternehmen beeinträchtigt werde. Einem Leiharbeiter wurde sogar mit Entlassung gedroht, für den Fall, dass er arbeitsbezogene Gesundheitsprobleme meldet (Gruppeninterview mit Arbeitern Nkaneng Juni 2017).

2014 erfüllte Lonmin mit dem Umbau der letzten 68 Wohnheime diesen Teil des SLPs von 2006. In den umgebauten Wohnheimen stellt Lonmin derzeit 3.000 Wohneinheiten zur Verfügung. Für die 24.000 fest Angestellten und die 8.000 Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen reicht das bei weitem nicht. Im Oktober 2014 reichte Lonmin einen revidierten SLP beim Bergbauministerium ein, indem die ursprünglich geplanten 5.500 Häuser gestrichen und durch sogenannten „infill apartments“ ersetzt wurden, also die Bebauung von Baulücken zwischen den Wohnheimen. Lonmin kündigte an 1.400 solcher Apartments zu bauen.

Eine im August 2017 durchgeführte Inspektion des Bergbauministeriums ergab aber, dass Lonmin nicht

einmal den Pflichten aus dem revidierten SLP nachkam. Das Bergbauministerium gab Lonmin 60 Tage zur Nacherfüllung. Nach Ablauf dieser Frist hätte das Ministerium Lonmins Bergbau-Lizenz eigentlich suspendieren oder entziehen müssen. Es setzte dem Unternehmen aber nur eine neue Frist, die im Januar 2018 erfolglos verstrich. Als Argument für die Nichterfüllung der Pflichten aus dem SLP wurde von Lonmin immer wieder angeführt, dass dafür das Geld fehlt. Die nach dem Marikana-Massaker eingesetzte Untersuchungskommission nahm allerdings auch Lonmins Finanzen unter die Lupe und brachte ans Licht, dass das Unternehmen im großen Stil Einnahmen an Tochtergesellschaften in den Bermudas transferiert hatte, um Steuern zu vermeiden. Zudem investierte die Weltbank in Lonmin-Aktien in Höhe von 50 Millionen Dollar von denen 15 Millionen in Sozialprogramme fließen sollten. Es gibt erhebliche Zweifel, ob das Unternehmen das Geld tatsächlich für die zugesagten sozialen Maßnahmen im Bereich „Black Economic Empowerment – wirtschaftliche Emanzipation der schwarzen Bevölkerung, HIV-Prävention, Gendergerechtigkeit und Gemeinschaftsprojekte – ausgegeben hat. Die lokale Frauengruppe Sikhala Sonke hat dies 2015 unter Verweis auf das anhaltende Elend in einer Beschwerde an die Weltbank in Frage gestellt.

## 1.5 Übernahme durch Sibanye-Stillwater

Im Dezember 2017 wurde angekündigt, dass Lonmin Platinium von dem südafrikanischen Unternehmen und aufstrebenden Mitbewerber der Platinbranche Sibanye-Stillwater übernommen wird. Sibanye Stillwater ist aus Gold Fields South Africa hervorgegangen und in Südafrika für die schlechten Arbeitsbedingungen in den von dem Unternehmen betriebenen Goldminen bekannt. Insofern wird befürchtet, dass sich die Situation der Arbeiter und Arbeiterinnen der Marikana-Mine durch die Übernahme eher noch verschlechtern wird. Dafür spricht auch, dass die Gewerkschaft AMCU zu den Übernahmeplänen nicht angehört wurde. Sibanye Stillwater hat bereits angekündigt, sich primär darauf konzentrieren zu wollen, dass die Marikana-Mine wieder wirtschaftlich arbeitet. Die Umsetzung der SLPs sei dabei nicht prioritär. Stattdessen sollen mehrere Schachts geschlossen werden und rund ein Drittel (12.600) Arbeitsplätze abgebaut werden.



## Kapitel 2

# Kein Land zum Leben – Die Auswirkungen der Mogalakwena-Mine auf die umliegenden Gemeinden

Einige hundert Kilometer nördlich von Marikana in der Nähe der Stadt Mokopane befindet sich die Mogalakwena Platinmine. Im Gegensatz zur Platinmine in Marikana handelt es sich um eine Tagebau-Mine, in der Platin oberflächennah in offenen Gruben gewonnen wird. Der Minenbetreiber ist Anglo Platinum (Amplats), eine hundertprozentige Tochter des global tätigen Rohstoffkonzerns Angloamerican mit Hauptsitz in London. Seit 1991 baut das Unternehmen in Mogalakwena Platin ab, 2002 expandierte die Mine mit einer zweiten Grube, 2007 kam eine dritte dazu. Mittlerweile ist die Mogalakwena-Mine die größte Übertage-Platinmine der Welt und die Reserven reichen noch bis mindestens 2060 (SWOP 2016, S. 12).

Für Amplats ist die Mine ein Flaggschiffprojekt, denn sie ist weitaus profitabler als die Untertagegeminen (Amplats 2015). Das liegt vor allem daran, dass der hochmechanisierte Übertagebau sehr viel weniger arbeitsintensiv ist. Während im Untertagebau ein Arbeiter ca. 503 Tonnen Platin jährlich produziert, sind es in Mogalakwena ca. 5189 Tonnen (Bowman, 2016). Arbeitsplätze bietet die Mine nur für qualifizierte Facharbeiter und -arbeiterinnen, entsprechend ist auch die Bezahlung besser als in Untertagegeminen und die Mine kaum von Arbeitskämpfen betroffen. Leidtragende sind jedoch die

umliegenden Gemeinden. Für sie haben die reichen Platinvorkommen im Boden bislang nur Nachteile gebracht.

Die zerstreuten Dörfer liegen inmitten von riesigen Minenhalden und umgeben von offenen Gruben. Viele Menschen haben durch die Mine ihr Land verloren. Land, auf das sie dringend angewiesen sind, um sich und ihre Familien zu ernähren. Der hohe Wasserbedarf der Mine wirkt sich auf den Grundwasserspiegel der ganzen Umgebung aus und oft kommt tagelang kein Wasser aus den Pumpen. Die unmittelbar an die Mine angrenzenden Dörfer beklagen sich über die Sprengungen, die Risse in den Häusern verursachen.

Auf einen wirtschaftlichen Aufschwung durch die Mine warten die Betroffenen vergebens. Die Region leidet unter sehr hoher Arbeitslosigkeit, fast die Hälfte der Jugendlichen hat keine Arbeit (Stats SA, 2018). Für die Arbeit in der Mine fehlt der lokalen Bevölkerung die Ausbildung.

Action Aid Südafrika hat 2008 einen Bericht über die menschenrechtlichen Auswirkungen der Mine veröffentlicht (Action Aid, 2008). Daraufhin hat sich die südafrikanische Menschenrechtskommission mit dem Fall beschäftigt und in einer ausführlichen Studie die Probleme dargestellt und Amplats aufgefordert, die Beschwerden der



In Mogalakwena wird Platin im Übertagebau gefördert. Durch die Ansiedlung der Mine haben viele Menschen ihr Land verloren. Die Dörfer liegen nun zersprengt zwischen riesigen Minenhalden und offenen Gruben.



Das Leben im Umkreis der Mine wird durch die Bergbauaktivitäten stark beeinträchtigt.

umliegenden Gemeinden ernst zu nehmen und Lösungen anzubieten (SAHRC 2008). 2016 zeigte jedoch eine Untersuchung der Universität von Witwatersrand, dass sich die Situation für die umliegenden Gemeinden nicht verbessert hat (SWOP 2016). Die anhaltenden Auswirkungen der Amplatsmine auf die benachbarten Dörfer hat Action Aid Südafrika 2016 in der Studie Precious Metals dargestellt (Action Aid 2016).

## 2.1 Schlecht vertreten

Die betroffenen Gemeinden in Mogalakwena werden offiziell von den traditionellen Führern vertreten. Das Gebiet teilt sich in zwei Distrikte mit zwei traditionellen Führern auf: Mapela, mit 40 Dörfern und Kekana mit 19 Dörfern. Diese Verwaltungsstrukturen sind ein Überbleibsel der Kolonialzeit und Apartheid, wo die herrschende Klasse davon ausging, dass jeder schwarze Südafrikaner einem Stamm angehörte und der traditionelle Führer die alleinige Verfügungsmacht über Land und andere Ressourcen besaß. Unter dem Apartheidregime wurde die schwarze Bevölkerung in sogenannte „Homelands“ verbannt, oft arme, unfruchtbare Regionen. Die traditionellen Führer wurden zu Marionetten in den Händen der Weißen und entsprachen keinesfalls den traditionellen Vertretungsstrukturen.

Doch auch die Post-Apartheid-Ära reproduzierte diese Muster. Die ehemaligen „Homelands“, obwohl oft sehr divers, wurden als traditionelle Gemeinschaften definiert und traditionellen Führern die Hoheit über das Land übertragen. So auch in Mapela und Kekana, wo die Verhandlungen über Landrechte zwischen der Mine und den traditionellen Führern erfolgten und in der Vergangenheit zahlreiche dubiose Vereinbarungen hervorbrachten. Gelder, die eigentlich der gesamten Gemeinschaft zugute kommen sollten, sind nicht transparent verwaltet worden und mutmaßlich in die Taschen der traditionellen Führer geflossen (SWOP, 2016). Im Januar 2018 gab es jedoch einen kleinen Hoffnungsschimmer: Zwischen dem neuen traditionellen Führer in Mapela und Amplats wurde eine transparentere Governancestruktur für den von Amplats finanzierten Gemeindefonds vereinbart. Von den neun Treuhändern sollen zukünftig vier direkt gewählte Gemeindevertreter sein. Bislang waren es zwei Gemeindevertreter, die der Chief selbst ernannt hat (Stoddard, 2018).

## 2.2 Gescheiterter Umsiedlungsprozess

Zwischen 2006 und 2015 hat Amplats im Zuge der Minenexpansion etwa 7000 Menschen umgesiedelt. Elf Familien haben sich dem widersetzt und leben nun zwischen den Minenhalden, ohne Zugang zu Wasser oder Land. Doch auch den meisten der umgesiedelten Familien geht es heute schlechter als zuvor. Amplats hatte ihnen Landwirtschaftsflächen versprochen und Arbeitsplätze für die Jugend in Aussicht gestellt, doch bis heute fehlt es an wirtschaftlichen Perspektiven. Zwar hat Amplats den Familien eine einmalige Entschädigung für den Verlust von Land oder Gräbern gezahlt: Zwischen 1000 und 5000 Rand (rund 80-400 Euro) für Felder und 1500 Rand (rund 120 Euro) für jedes Grab. Zudem sind den Familien im neuen Dorf Häuser zur Verfügung gestellt worden. Doch das umliegende Land reicht nicht für alle Familien und ist zu felsig, um ertragreich bewirtschaftet zu werden. Eine weitere Landwirtschaftsfläche hat das Unternehmen in 20 Kilometern Entfernung zur Verfügung gestellt. Ohne Auto sind diese Flächen jedoch für die Bewohner nicht nutzbar.

Für eine 2016 veröffentlichte Studie befragte die Universität Witwatersrand zehn Familien, die umgesiedelt wurden. Acht dieser Familien hatten vor der Umsiedlung



Zugang zu landwirtschaftlichen Flächen, keine der Familien verfügte 2016 über entsprechende Nutzflächen (SWOP, 2016).

Ein Bewohner aus Ga-Sekhaolelo:

---

**„Als die Mine kam und Vertreter der Mine uns ihre Vorschläge für die Umsiedlung präsentierten, war ich beeindruckt. Sie sprachen von Ausbildungsangeboten für die Jugend. Junge Menschen könnten in der Mine arbeiten und die Eltern wären dadurch nicht mehr auf die Landwirtschaft angewiesen, um ihre Familien zu ernähren. Für Senioren und Menschen mit Behinderungen würde es Gemeinschaftsprojekte geben. Bis heute ist keines dieser Versprechen eingelöst.“**

---

### 2.3 Leben neben der Platinmine

Die Mehrzahl der Dörfer im Umkreis der Mine mussten bislang nicht umgesiedelt werden, aber das Leben dort wird durch die Mine stark beeinträchtigt. Ga Molekane liegt am östlichen Rand der Mine, ein Großteil des Dorfgelands befindet sich innerhalb des Minenlands. Direkt neben dem Dorf ist eine riesige Minenhalde. In Ga Molekane wohnen 5000 Einwohner, 70 Prozent davon sind jünger als 35 Jahre alt. Viele der Dorfbewohner hatten vor Ankunft der Mine noch Zugang zu Landwirtschaftsflächen, die sie an die Mine verloren haben (SWOP, Seite 16). In Ga-Chaba und Sekeming, zwei Dörfern westlich der Mine, treten ähnliche Probleme auf. Die Mehrzahl der Bewohner und Bewohnerinnen klagen über Landverluste. Einige haben in weiter Entfernung vom Dorf Land gepachtet oder bewirtschaften winzige Landstücke neben der Mine.



Aus Protest gegen die Ausbreitung der Mine bewohnen junge Wohnungslose aus Ga Chaba diese Häuser neben der Minenhalde.

Ein Bewohner aus Ga Chaba:

---

**„Als die Mine expandierte, wurde ich von meinen Feldern vertrieben. Vertreter der Mine kamen und teilten mir mit, dass sie das Land von unserem traditionellen Führer gekauft hatten. Gemeinsam mit anderen Dorfbewohnern fing ich an, ein kleines Stück Land neben der Minenhalde zu beackern. Auch von dort wollten mich die Minenbesitzer vertreiben. Aber ich habe ihnen entgegnet, dass sie mich nicht noch einmal verjagen können, vorher müssten sie mich verhaften. Schließlich bliebe mir nur noch dieses kleine Stück Land, um meine Familie zu ernähren. Sie sind gegangen und haben mich seitdem in Ruhe gelassen.“**

---



Die Mogalakwena-Mine ist die ertragreichste Mine Amplats. Die umliegenden Gemeinden leiden unter Landverlust und Wasserverknappung.

In Ga-Chaba und Ga Molekane beschwerten sich die Mehrzahl der Bewohner über Risse in ihren Häusern aufgrund der Sprengungen in der naheliegenden Grube. Zudem leiden diese Dörfer am Rande der Mine unter einer sehr hohen Staubbelastung. Auch die Wasserversorgung hat sich nach Angaben der Bewohner und Bewohnerinnen seit den Bergbauaktivitäten verschlechtert. Es gibt zwar Wasserbohrlöcher und auch kommunale Wasserhähne, aber im Gegensatz zu früher fließt nur unregelmäßig Wasser. Gerade in trockenen Jahreszeiten gäbe es nach Angaben der Bewohner, auch einmal einen ganzen Monat lang kein Wasser. Dann müssen sie Wasser kaufen.

Der Platinabbau benötigt enorme Mengen an Wasser, ca. 27 Prozent des Bedarfs wird über das Grundwasser abgedeckt (University of Witwatersrand, 2015). Die Betroffenen gehen davon aus, dass der Rückgang des Grundwasserspiegels auch mit der Mine zusammenhängt (Action Aid, 2016, Seite 20).

Die Dorfvorsitzende aus Ga-Molekana:

---

**„Seit Beginn der Bergbauaktivitäten hat sich die Wasserversorgung verschlechtert. Letzten Monat hatten wir vier Wochen lang kein Wasser. Wir kauften Wasser von einem Laster in Ga-Matshikiri.“**

---

## 2.4 Der Frust führt zu Konflikten

Landverluste, Wasserknappheit und die hohe Arbeitslosigkeit haben in den letzten Jahren immer wieder zu Konflikten zwischen den Dorfbewohnern und der Mine geführt. Teils fand der Unmut der Betroffenen Ausdruck in Blockaden und gewalttätigen Protesten. Im August 2015 kam es zu einer erheblichen Eskalation. Zwei Wochen lang protestierten die betroffenen Dörfer gegen die Minenaktivitäten, blockierten die Zufahrtsstraßen und beschädigten Minenfahrzeuge und von der Mine bereitgestellte Sozialprojekte wie das Sportstadion. Die Polizei schritt ein und verhaftete mehr als 50 Protestierende.

Aufgrund der massiven Unruhen intervenierte der Rohstoffminister und organisierte ein zwei-tägiges Schlichtungstreffen zwischen Amplats und den betroffenen Bewohnern und Bewohnerinnen. Ein Ergebnis war die Gründung eines Taskteams mit Minen- und Gemeindevetretern. Bislang hat das Taskteam jedoch nicht regelmäßig getagt und noch keine Lösungen für die zahlreichen Beschwerden gefunden. Die Betroffenen verlangen zu Recht weiterhin Entschädigungszahlungen zur vollständigen Kompensation von direkten und indirekten Schäden, faire Konsultations- und Verhandlungsprozesse, die Bekanntmachung und Besprechung der geplanten Umwelt- und Sozialverträglichkeitsmaßnahmen sowie die Einführung eines Streitschlichtungsmechanismus unter Einbindung einer unabhängigen Ombudsperson.

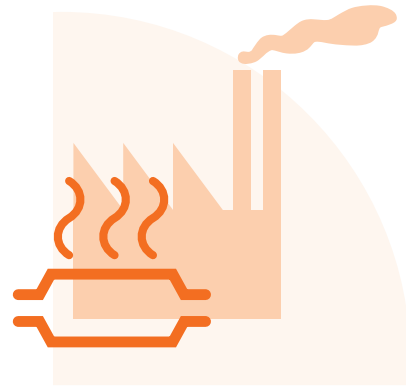
## Lieferkette Platin: Von der Mine zum Auto



**Platinmine**

Der Platinabbau in Südafrika verletzt die Rechte von Arbeitern und Anwohnern und ist mit gravierenden Umweltverschmutzungen verbunden.

BASF importiert im großen Stil Platin aus Südafrika und beschichtet damit Katalysatoren.

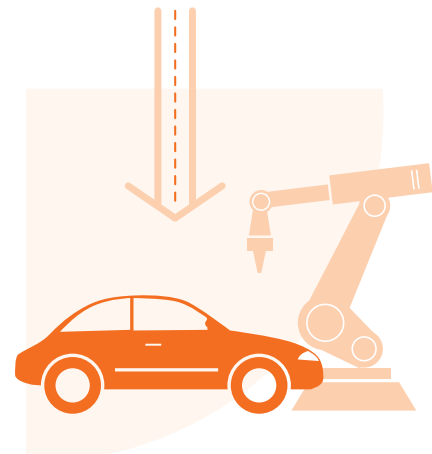


**BASF**



**Abgasanlagenhersteller**

Die Katalysatoren werden in Abgasanlagen eingebaut und an die Automobilindustrie geliefert.



**Autobauer VW, Daimler, BMW**

Einzelne Autobauer, wie BMW, beziehen das Platin direkt bei den Minen in Südafrika.

Ein Großteil des südafrikanischen Platins wird nach Deutschland exportiert. Mehr als ein Drittel des weltweit geförderten Platins wird in Katalysatoren verbaut, mit denen die Schadstoffemissionen im Abgas reduziert werden. Ein Produzent solcher Katalysatoren ist der deutsche Chemieriese BASF. Das Unternehmen kauft für rund 600 Millionen Euro jährlich Platin aus Südafrika ein und ist damit der Hauptkunde des Rohstoffkonzerns Lonmin. Abgaskatalysatoren von BASF kommen bei BMW, Daimler, VW und anderen europäischen Autoherstellern zum Einsatz. Die Automobilkonzerne decken ihren Platinbedarf zum Teil aber auch durch den direkten Einkauf in Südafrika.

## Kapitel 3

# Wer trägt welche Verantwortung?

Die primäre Verantwortung für die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards im Platinabbau liegt beim südafrikanischen Staat. Er ist völkerrechtlich verpflichtet, die Menschenrechte zu schützen, auch vor Beeinträchtigungen durch Unternehmen. Zu diesem Zweck muss die südafrikanische Regierung geeignete gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen und die Einhaltung kontrollieren. Insbesondere muss die Regierung die Umsetzung der Sozial- und Arbeitspläne der Platinunternehmen sicherstellen und für einen gerechten Interessenausgleich zwischen der Mine und den angrenzenden Gemeinden sorgen. Doch auch die beteiligten Unternehmen tragen Verantwortung: Sie müssen bei ihren Geschäften das nationale Recht und die international anerkannten Menschenrechte achten.

Die konkreten Anforderungen an Staaten und Unternehmen sind in den 2011 verabschiedeten Leitprinzipien der Vereinten Nationen (UN) für Wirtschaft und Menschenrechte verankert. Die UN-Leitprinzipien sind kein verbindliches Völkerrecht, beruhen jedoch auf den bestehenden Menschenrechtsverpflichtungen. Danach müssen Staaten einen Ordnungsrahmen schaffen, der die Bevölkerung vor Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen schützt. Zudem müssen die Staaten sicherstellen, dass die Menschen, deren Rechte verletzt wurden, effektiven Rechtsschutz bekommen. Diese Schutzpflichten treffen in erster Linie die Staaten, in denen die Wirtschaftsaktivitäten stattfinden. Zunehmend sehen UN-Experten und -expertinnen jedoch auch die Herkunftsstaaten in der Pflicht dafür zu sorgen, dass bei ihnen ansässige Unternehmen auch bei ihren Auslandsgeschäften die Menschenrechte achten. Im hiesigen Fall also Großbritannien und Deutschland (Committee on Economic, Cultural and Social Rights, 2017).

Nach den UN-Leitprinzipien haben Unternehmen zudem eine eigene Verantwortung, die Menschenrechte in ihren Geschäftsbeziehungen weltweit zu achten. Sie müssen die menschenrechtliche Risiken ihrer Geschäfte identifizieren, effektive Gegenmaßnahmen ergreifen, deren Wirkung nachverfolgen und transparent über die Risiken und die getroffenen Maßnahmen berichten.

### 3.1 Der Nationale Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte

Zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte verabschiedete die Bundesregierung im Dezember 2016 einen Nationalen Aktionsplan. Darin fordert die Bundesregierung alle deutschen Unternehmen zur Achtung der Menschenrechte in ihren globalen Geschäften auf und setzt sich eine Zielmarke: Bis 2020 sollen 50 Prozent aller deutschen Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeiterinnen und -arbeitern die menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten umsetzen. Der Aktionsplan sieht vor, dass dies ab 2018 jährlich stichprobenhaft überprüft wird (Bundesregierung, 2016). Unternehmen, die diese Anforderungen ignorieren, spüren jedoch keinerlei Konsequenzen. Weder werden sie von öffentlichen Auftragsvergaben ausgeschlossen, noch müssen sie Klagen von Betroffenen befürchten.

Andere Länder sind da schon einen Schritt weiter. 2017 verabschiedete das französische Parlament ein Gesetz, wonach große französische Unternehmen ökologische und menschenrechtliche Risiken ihrer Geschäfte identifizieren und verhindern müssen – auch in Bezug auf ihre Tochterfirmen und globalen Lieferketten. In Großbritannien müssen Unternehmen über ausbeuterische Arbeitsverhältnisse in ihren Lieferketten und die getroffenen Gegenmaßnahmen berichten. In den Niederlanden und der Schweiz werden zurzeit gesetzliche Reformen intensiv geprüft.

Scheitert der freiwillige Ansatz, will auch die Bundesregierung gesetzliche Vorgaben zur Unternehmensverantwortung einführen. So steht es im nationalen Aktionsplan und auch im Koalitionsvertrag. Wie eine gesetzliche Regelung aussehen könnte, veranschaulicht ein von Brot für die Welt veröffentlichter Gesetzesvorschlag (Brot für die Welt, 2015).

Vorerst setzt die Bundesregierung jedoch darauf, dass deutsche Unternehmen von sich aus die erforderlichen Maßnahmen treffen, um Menschenrechtsverletzungen in ihren Wertschöpfungsketten zu verhindern.

In den folgenden Abschnitten wird untersucht, inwiefern die deutschen Unternehmen in der Platinlieferkette, BASF und die Automobilkonzerne, den Erwartungen der Bundesregierung nachkommen und menschenrechtliche Sorgfaltspflichten umsetzen. Brot für die Welt hat die betreffenden Unternehmen zu ihren Bemühungen befragt und von allen Unternehmen Auskünfte bekommen, die in der Bewertung berücksichtigt werden.



## Was bedeutet menschenrechtliche Sorgfalt?

Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und der deutsche Aktionsplan verlangen von den Unternehmen die Einhaltung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten. Gemeint ist damit ein Verfahren, bei dem Unternehmen die menschenrechtlichen Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit identifizieren, negativen Auswirkungen vorbeugen und eingetretene Schäden beheben und wiedergutmachen sollen. Konkret beinhaltet diese menschenrechtliche Sorgfaltspflicht folgende Elemente:

- **Menschenrechtliche Risikoanalyse**

Es bedarf einer kontinuierlichen Analyse der Auswirkungen der geschäftlichen Tätigkeit auf die Menschenrechte. In einem ersten Schritt sollten Unternehmen auf Grundlage der betriebsinternen und öffentlich verfügbaren Informationen die Bereiche, Projekte und Geschäftsbeziehungen identifizieren, in denen ein erhöhtes Risiko für die Menschenrechte von Mitarbeitern und -arbeiterinnen oder möglichen externen Betroffenen besteht. Der Fokus der Analyse sollte in komplexen Lieferketten auf den wesentlichen menschenrechtlichen Risiken liegen. Ergeben sich aufgrund der Analyse, der Hinweise betroffener Personen, Nichtregierungsorganisationen oder Gewerkschaften oder sonstiger externer Berichte Anhaltspunkte für ernsthafte menschenrechtliche Risiken in den eigenen Aktivitäten oder Geschäftsbeziehungen, bedarf es einer vertieften Prüfung. Teil der vertieften Prüfung sollte mindestens der Dialog vor Ort mit potenziell Betroffenen und die Einbindung internen wie externen Fachwissens auf dem Gebiet der Menschenrechte sein.

- **Effektive Gegenmaßnahmen**

Unternehmen sollten die Ergebnisse ihrer menschenrechtlichen Folgenabschätzung in interne Prozesse integrieren und geeignete Maßnahmen zur Vermeidung menschenrechtlicher Schäden ergreifen. Die ergriffenen Maßnahmen sind nachzuhalten und auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Ist die Vermeidung schwerer Menschenrechtsverletzungen nicht möglich, beziehungsweise außerhalb der unternehmerischen Einflussphäre, sollte das Unternehmen von der Geschäftstätigkeit absehen. Auch bei diesen Prozessen sollten die betroffenen Personengruppen vor Ort konsultiert werden.

- **Transparenz, Kommunikation und Beschwerdemöglichkeiten**

Das Unternehmen sollte eine Kommunikationsstruktur einrichten, die es externen Interessengruppen ermöglicht, die Effektivität der getroffenen Gegenmaßnahmen zu beurteilen. Menschenrechtliche Risikoanalysen und die getroffenen oder geplanten Gegenmaßnahmen sollten öffentlich zugänglich sein, sowohl im Herkunftsstaat des Unternehmens als auch für die betroffenen Menschen vor Ort. Konsultationsprozesse sollten nach Möglichkeit während der Projektdurchführung/Geschäftstätigkeit regelmäßig wiederholt werden, um die Kommunikation über auftretende Konflikte zu ermöglichen. Insbesondere sollten Unternehmen einen Beschwerdemechanismus etablieren, der für die Betroffenen zugänglich ist.

*(UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, 2011; NAP, 2016)*

### 3.2 BASF – Kein Katalysator für Menschenrechte

Der deutsche Chemiekonzern BASF machte im Jahr 2017 einen Umsatz von 64 Milliarden Euro und verzeichnete einen Umsatzzuwachs von 12 Prozent. Die Wertschöpfung weist das Unternehmen mit 19 Milliarden Euro aus. BASF ist der weltweit größte Chemiekonzern und ein global agierender Rohstoffimporteur mit entsprechender Gestaltungsmacht. BASF importiert jährlich Platin im Wert von rund 600 Millionen Euro aus

Südafrika und stellt daraus Katalysatoren für die Automobilindustrie her.

Ein Katalysator ist ein wabenförmiger Körper aus Keramik mit mehreren dünnwandigen Kanälen. Platin ist in der rauen Oberflächenstruktur der Katalysator-Innenwände verarbeitet und bindet die schädlichen Abgase. Das Geschäft mit den Katalysatoren einschließlich des Edelmetallhandels machte 2017 mit einem Umsatz von 6,65 Milliarden Euro rund 10 Prozent des Gesamtumsatzes aus (BASF Jahresbericht 2017, S. 74).



BASF ist der weltweit größte Chemiekonzern und Lonmins wichtigster Kunde: BASF kauft mehr als die Hälfte des in Marikana abgebauten Platins.

BASF deckt etwa ein Drittel des weltweiten Katalysatormarktes ab. Das erforderliche Platin kaufen sie überwiegend beim Bergbauunternehmen Lonmin ein, mehr als 50 Prozent der Jahresproduktion der Platinmine in Marikana gehen an das deutsche Unternehmen (BASF 2016). Seit mehr als dreißig Jahren besteht zwischen Lonmin und BASF eine enge Geschäftsbeziehung. 2016 kaufte BASF Platin im Wert von 450 Millionen Euro bei Lonmin ein und verlängerte gleichzeitig die Langzeitverträge mit ihnen (Buchen, 2016).

BASF gibt an, wirtschaftlichen Erfolg mit Umwelt- und Sozialverantwortung zu verbinden und internationale Menschenrechtsstandards zu respektieren, auch in der Lieferkette. Das Unternehmen rühmt sich damit, bei der Auswahl der Lieferanten sowie der Beurteilung bestehender Lieferbeziehungen neben wirtschaftlichen Aspekten auch den Schutz der Umwelt, die Einhaltung von Menschenrechten, Arbeits- und Sozialstandards sowie Antidiskriminierungs- und Antikorruptionsvorgaben zu berücksichtigen (BASF, 2017a).

Doch was steckt dahinter? Und inwieweit erfüllt BASF die Anforderungen der Vereinten Nationen und der Bundesregierung zur Umsetzung menschenrechtlicher

Sorgfaltsprozesse in der Lieferkette? Demnach muss BASF nämlich die menschenrechtlichen Risiken seiner Geschäfte ermitteln, effektive Gegenmaßnahmen ergreifen, deren Wirkung nachverfolgen und transparent über die Risiken und die getroffenen Maßnahmen berichten. Eine genauere Analyse zeigt, dass bei BASF in Bezug auf die menschenrechtliche Sorgfalt noch viel Luft nach oben ist.

### Die wesentlichen Probleme ermitteln

Nach dem Massaker von Marikana im Jahr 2012 hat BASF erst einmal nichts getan. Das Massaker hätte eigentlich zwingender Anlass sein müssen, um die Arbeits- und Lebensbedingungen in Marikana genauer zu untersuchen. Zumal BASF damals noch 80 Prozent des in dieser Mine produzierten Platins abnahm. Stattdessen schwieg BASF und hoffte mutmaßlich darauf, dass ihre Verbindungen zu den Ereignissen in Südafrika unentdeckt bleiben. Im April 2015 konfrontierte der südafrikanische Bischof Seoka, Vorsitzender der Brot für die Welt-Partnerorganisation Bench Marks Foundation, BASF auf ihrer Aktionärsversammlung mit den Problemen in Marikana. Das Unternehmen reagierte zurückhaltend, die Situation sei „aus der Ferne schwer zu beurteilen“. Gleichwohl ist BASF daraufhin aktiv geworden. Im November 2015 gab BASF, zusammen mit der Brancheninitiative „together for sustainability“, eine Auditierung des Geschäftspartners Lonmin in Auftrag. Laut BASF wurden Schwächen beim Brandschutz und den Beschwerdemechanismen identifiziert, nicht aber in den Bereichen Menschenrechte, Unternehmensführung oder Arbeitsbedingungen.

Weder wurde die Mehrheitsgewerkschaft AMCU noch relevante zivilgesellschaftliche Organisationen vor Ort im Rahmen der Überprüfung befragt. Trotz zahlreicher öffentlich zugänglicher Berichte und Beschwerden über die Weigerung Lonmins, den sozialen Verpflichtungen aus dem Sozial- und Arbeitsplan nachzukommen, beschäftigte sich das Audit nicht mit diesen Problemen. Anstatt den Auditbericht zu veröffentlichen, setzte BASF nur eine kurze Zusammenfassung auf seine Webseite. Dort war nachzulesen, dass alle identifizierten Probleme zusammen mit Lonmin gelöst worden seien (BASF 2017b).

An diesem Beispiel wird deutlich, dass die gängigen Sozialaudit keine menschenrechtlichen Risikoanalysen sind. Meist werden die falschen Fragen gestellt und die falschen Leute gefragt, die fehlende Transparenz



erschwert eine Bewertung durch Betroffene oder externe Experten und Expertinnen (Lebaron/Lister, 2015; Terwindt/Saage-Maaß, 2016).

Im Mai 2016 wurde BASF auf der Aktionärsversammlung erneut mit den Problemen in Marikana konfrontiert. Auf Einladung von Brot für die Welt, KASA und anderen Organisationen kamen Delegierte aus Marikana nach Deutschland, um BASF und die deutsche Öffentlichkeit über das Massaker und das anhaltende Elend zu informieren. Daraufhin reiste schließlich eine BASF Delegation nach Marikana, um sich selbst ein Bild zu machen und beauftragte eine erneute Überprüfung der Mine durch eine Auditierungsfirma.

Diesmal nahm BASF dabei auch die Sozialverpflichtungen des Geschäftspartners in den Blick und fragte nach den Lebensbedingungen der Arbeiter und Arbeiterinnen und den Auswirkungen der Mine auf die umliegenden Gemeinden. Doch erneut versäumte der Auftragnehmer die relevanten lokalen Akteure einzubeziehen, weder die Gemeindevertreter noch beteiligte Nichtregierungsorganisationen wurden für das Audit befragt. Auch die Ergebnisse und die geplanten Maßnahmen hat BASF nicht mit den betroffenen Akteuren konsultiert.



Eine Delegation aus Südafrika erinnerte bei der Aktionärsversammlung von Lonmin im Januar 2017 und von BASF im Mai 2017 an die erschossenen Arbeiter. Das Bild zeigt Bischof Jo Seoka (rechts), Vorsitzender der Bench Marks Foundation und einen südafrikanischen Gewerkschafter von AMCU.

Auf seiner Webseite beschreibt BASF die Ergebnisse des Audits bei Lonmin sehr positiv, als ausbaufähig identifizierte das Audit den Dialog mit den umliegenden Gemeinden und den bislang schwer zugänglichen Beschwerdemechanismus (BASF, 2017b). Den Bau von 325 Wohnungen für die Minenarbeiter und -arbeiterinnen bezeichnet BASF als zu wenig, aber einen Schritt in die richtige Richtung. Dabei hatte der damalige südafrikanische Präsident Zuma im Dezember 2016, kurz vor der Überprüfung durch BASF, Lonmin öffentlich ermahnt, endlich seinen sozialen Verpflichtungen nachzukommen und angedroht die Minenlizenz zu entziehen (Südafrikanische Regierung, 2016).

BASF bezieht nicht nur Platin von Lonmin, sondern auch von Amplats, wenn auch in geringerem Umfang. Die negativen Auswirkungen der Mogalakwena-Mine auf die umliegenden Gemeinden sind spätestens seit den Berichten der südafrikanischen Organisation Action Aid und der südafrikanischen Menschenrechtskommission im Jahr 2008 öffentlich bekannt (SAHRC, 2008). Im November 2017 haben Brot für die Welt und Misereor den Vorstandsvorsitzenden von BASF schriftlich über die Probleme vor Ort, insbesondere über Landvertreibungen, Wassermangel und die drohende Eskalation informiert. BASF hat sich daraufhin bei Amplats nach der Situation erkundigt und den Eindruck gewonnen, dass sich Amplats um Lösungen bemüht. Insbesondere verweist BASF auf den vor kurzem reformierten Fonds für Gemeindeentwicklung. BASF hat trotz des anhaltenden Konflikts bislang nicht mit den betroffenen Gemeindevertretern, lokalen Menschenrechtsorganisationen oder der südafrikanischen Menschenrechtsorganisation gesprochen (BASF 2018).

### Auf Worte müssen Taten folgen

Doch selbst die beste Risikoanalyse hilft den Betroffenen herzlich wenig, wenn keine effektiven Gegenmaßnahmen getroffen werden. BASF setzt dabei nach eigenen Angaben auf zwei Strategien: Einerseits steht BASF im kontinuierlichen Dialog mit Lonmin, um identifizierte Probleme anzugehen. Andererseits versucht BASF in Südafrika eine Brancheninitiative anzustoßen, um die strukturellen Probleme im Platinsektor anzugehen. Bislang haben diese Bemühungen jedoch nicht zu Verbesserungen der Situation vor Ort geführt. Das liegt daran, dass BASF beide Ansätze mit wenig Konsequenz verfolgt und es versäumt, die Betroffenen und ihre Interessenvertretungen aktiv einzubeziehen.



## Joseph Mathunjwa, Präsident der Gewerkschaft AMCU, Auszug aus der Rede bei der Hauptversammlung von BASF am 12.05.2017

„Nach dem Massaker von Marikana haben weder Lonmin noch die Regierung etwas unternommen, um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bergarbeiter zu verbessern oder die Hinterbliebenen und Verletzten zu kompensieren. Wir mussten fünf weitere Monate für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen streiken. Die erreichten Verbesserungen gelten nur für die Arbeiter, die direkt bei Lonmin angestellt sind, nicht aber für die 15.000 Leiharbeiter. Seit 2012 kamen mehrere Arbeiter in den Bergwerkschächten ums Leben und es kommt immer noch zu tödlichen Unglücken am Arbeitsplatz.

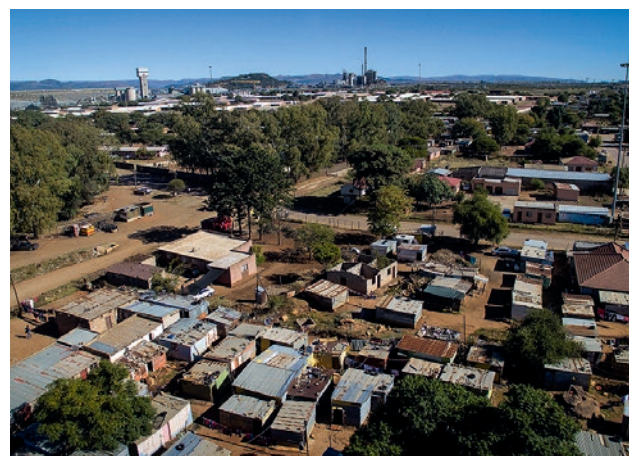
Die wenigen Häuser, die Lonmin gebaut hat, sind für die Arbeiter, die jetzt bei Lonmin beschäftigt sind, zu teuer. BASF ist der größte Kunde von Lonmin. Laut

ihrem Verhaltenskodex wollen sie ein verantwortungsbewusstes Unternehmen sein. Wir haben mitgekriegt, dass BASF seit 2015 Audits bei Lonmin durchgeführt hat und Informationsgespräche im Business-to-Business-Bereich initiiert hat. Leider hat man uns weder vor noch nach dem Audit-Prozess miteinbezogen. Wir kennen weder die Ergebnisse dieser Audits noch die Gesprächsrunden in Südafrika. Ich weiß, dass das Audit ein vertrauliches Dokument ist. Aber wie kann ein vertrauliches Dokument, das wir nicht kennen, eine Lösung der Probleme darstellen? Wie werden sie die verschiedenen Stakeholder, einschließlich der betroffenen Gemeinden und Gewerkschaften, in ihre Initiativen in Südafrika einbinden? Planen sie irgendwelche konkreten Maßnahmen, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu verbessern? Ich hoffe, dass hinter ihren Initiativen mehr als leere Worte stehen.“

Als Hauptkunde kann BASF auf die Einhaltung von Arbeitsrechten und Sozialstandards bei Lonmin Einfluss nehmen. Ein zentraler Hebel dafür sind die vertraglichen Vereinbarungen mit Lonmin. BASF lässt alle seine Zulieferer einen sogenannten „Verhaltenskodex für Lieferanten“ unterschreiben. Darin formuliert BASF die Erwartung, dass der Lieferant Umwelt-, Sozial- und Corporate Governance Standards einhält. Die konkreten Anforderungen sind jedoch sehr weich formuliert: In Bezug auf Menschenrechte sollen Lieferanten „den Schutz international verkündeter Menschenrechte unterstützen“ und „gegen Zwangsarbeit, Kinderarbeit und Diskriminierung am Arbeitsplatz kämpfen“. Eigentlich wäre zu erwarten, dass zumindest Zwangsarbeit und Kinderarbeit absolute Ausschlusskriterien sind und Vertragspartner nationale Gesetze und die international anerkannten Menschenrechte achten müssen.

Um die Einhaltung der Vorgaben zu überprüfen sieht BASF verschiedene Instrumente vor, von der Selbstauskunft bis hin zum Audit vor Ort. Welche Konsequenzen auf anhaltende Verstöße folgen, ist im Lieferantenkodex nicht beschrieben und auch nicht Inhalt des Liefervertrags.

Nach eigenen Angaben behält sich BASF jedoch vor, die Geschäftsbeziehung zu beenden, wenn Lonmin vereinbarte Verbesserungen nicht umsetzt. BASF beruft sich



Die Minenarbeiter leben in informellen Siedlungen ohne Infrastruktur wie Wasser, Strom, Sanitärvorrichtungen oder Abfallbeseitigung. Von den versprochenen 5000 Häusern hat Lonmin erst wenige Hundert gebaut.

jedoch darauf, dass Lonmin die im Audit identifizierten Probleme zufriedenstellend angehe und es keinen Anlass für weitere Konsequenzen gäbe (BASF 2018).

Tatsächlich verstößt Lonmin aber seit mehr als zehn Jahren gegen das südafrikanische Recht. Die Bergbaulizenz ist an die Bedingung geknüpft, dass Lonmin in den Bau von Häusern und Infrastruktur investiert und einen Anteil des Umsatzes den lokalen Gemeinden zugute kommt, auf dessen Land Lonmin Platin abbaut.

Im August 2017 hat die südafrikanische Bergbaubehörde zum wiederholten Mal festgestellt, dass Lonmin diese Verpflichtungen nicht einmal ansatzweise umgesetzt hat und erneut die Entziehung der Lizenz androht. Dies allein hätte längst Anlass für BASF sein müssen, klare Konsequenzen zu ziehen. Vor einem Abbruch der Geschäftsbeziehungen wäre es auch denkbar, die Geschäftsbeziehung vorübergehend auszusetzen oder Vertragsstrafen zu verhängen. Der Dialog allein hilft den Menschen vor Ort nicht weiter.

Neben dem Dialog mit Lonmin hat BASF versucht, in Südafrika eine Brancheninitiative anzustoßen, um die Bedingungen im Platinsektor strukturell zu verbessern. Im Dezember 2016 trafen sich auf Initiative von BASF sowohl die Platinunternehmen als auch einige Unternehmen aus der Verarbeitungskette, zum Beispiel die Automobilkonzerne.

Laut BASF einigten sich die Unternehmen auf mehr Transparenz über ihre sozialen Bemühungen und bessere Zusammenarbeit zur Umsetzung der Sozial- und Arbeitspläne. Schriftliche Ergebnisse der Konferenz oder auch nur eine Teilnehmerliste wurden bislang nicht veröffentlicht.

Der Versuch von BASF, über eine branchenübergreifende Zusammenarbeit Verbesserungen zu erzielen, ist grundsätzlich zu begrüßen. Leider sind auf diese Initiative bis heute keine weiteren Schritte gefolgt und die Vorschläge sind im Sande verlaufen. Lonmin hat bislang nicht einmal seinen unternehmenseigenen Sozial- und Arbeitsplan veröffentlicht.

### **Ein Blatt mit sieben Siegeln**

Nach den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte müssen Unternehmen extern kommunizieren, wie sie den menschenrechtlichen Risiken ihrer Tätigkeit begegnen. Das gilt insbesondere wenn von Betroffenen oder Interessensvertreterinnen und -vertretern Bedenken vorgebracht wurden. Dabei muss ausreichend Information bereitgestellt werden, dass die

Betroffenen und ihre Interessensvertretungen die Angemessenheit der Gegenmaßnahmen bewerten können.

BASF ist in den letzten Jahren durchaus aktiv geworden und mehrmals nach Südafrika gereist. Die mangelnde Transparenz erschwert jedoch die Beurteilung der getroffenen Maßnahmen. Nicht nur sind die Ergebnisse der beauftragten Audits nicht veröffentlicht, die Erkenntnisse und die geplanten Maßnahmen wurden weder mit den lokalen Stakeholdern in Südafrika, noch mit den interessierten Organisationen in Deutschland besprochen. So ist bis heute nicht bekannt, welche Verabredungen BASF mit Lonmin getroffen hat.

Auch in Bezug auf den Branchendialog in Südafrika hält sich BASF sehr bedeckt und kommuniziert trotz Nachfragen nicht, welche Verabredungen dort getroffen wurden und welche weiteren Schritte geplant sind. Durch die fehlende Transparenz erschwert BASF einen konstruktiven Dialog mit Brot für die Welt und den Menschen vor Ort über wirksame Ansätze zur Verbesserung der Situation in Marikana.

Als der südafrikanische Gewerkschaftsführer Joseph Mathunjwa und ein Minenarbeiter im Mai 2017 gemeinsam mit dem südafrikanischen Bischof Seoka die Aktionärsversammlung von BASF besuchten und die anhaltenden Probleme schilderten, reagierte der Vorstandsvorsitzende Kurt Bock ausweichend, ging auf die gestellten Fragen nicht ein und riet von Auftritten bei künftigen Aktionärsversammlungen ab.

### **Vorbereitet sein: Die Übernahme durch Sibanye Stillwater**

Im Dezember 2017 wurde bekannt, dass Lonmin von dem südafrikanischen Unternehmen Sibanye Stillwater übernommen werden soll. Sibanye Stillwater hat bereits angekündigt, sich primär darauf konzentrieren zu wollen, dass die Marikana-Mine wieder wirtschaftlich arbeitet aber nicht auf die Umsetzung der sozialen Verpflichtungen. Mehrere Schächte sollen geschlossen und rund ein Drittel der 12.600 Arbeitsplätze abgebaut werden (Ryan, 2017).

In Marikana herrscht große Sorge, dass sich die Lebenssituation der Menschen drastisch verschlechtern wird. BASF sollte sich auf diese Situation vorbereiten. Die Übernahme gibt BASF die Gelegenheit, die Verträge neu zu verhandeln und mit Sibanye Stillwater klare Vereinbarungen in Bezug auf Sozialstandards, Arbeitsrechte und Umweltauswirkungen zu treffen. Wenn sich bereits

abzeichnet, dass Sibanye Stillwater nicht in die lokale Entwicklung und den Schutz der Arbeitsrechte investiert wird, muss BASF alternative Platinlieferanten suchen. Auf Nachfrage wurde deutlich, dass sich BASF bislang nicht mit den sozialen Auswirkungen der Übernahme beschäftigt hat. BASF gibt an, sich nicht mit spekulativen Szenarien zu beschäftigen. Von allen Lieferanten werde die Einhaltung nationaler Gesetze und internationaler Sozial- und Umweltstandards erwartet. Wie wirksam dieser Ansatz ist, zeigte sich in den letzten Jahren im Umgang mit Lonmin. Nun droht sich die Situation in Marikana zu verschlechtern. Leere Worte sind keine Option. BASF muss seine Marktmacht nutzen und soziale Verbesserungen zum Kerninhalt der künftigen Verhandlungen mit Sibanye Stillwater machen.

### 3.3 Die Lieferkettenverantwortung von BMW, Daimler und VW

Mehr als ein Drittel des weltweit geförderten Platins landet in Abgaskatalysatoren der Automobilindustrie. Teils beziehen die Automobilkonzerne den Rohstoff direkt von der Mine, teils nur indirekt über den Bezug der Abgasanlagen von den Zwischenherstellern. Nach den UN-Leitprinzipien müssen Unternehmen die menschenrechtlichen Risiken zunächst einmal unabhängig davon identifizieren, an welcher Stelle sie in der Lieferkette erfolgen. Die Nachhaltigkeitsstrategie der deutschen Automobilkonzerne konzentrierte sich bislang jedoch vorwiegend auf das eigene Unternehmen und die unmittelbaren Lieferanten. Doch es ist Bewegung erkennbar: Auch die Probleme beim Rohstoffabbau rücken zunehmend in den Fokus der Unternehmen.

Die Anforderungen an die unmittelbaren Lieferanten sind in der Automobilindustrie weitestgehend vereinheitlicht. Alle Lieferanten müssen sich zur Einhaltung von Nachhaltigkeitsstandards wie Umweltschutz, Arbeitsrechte und Menschenrechte verpflichten und diese Anforderungen in die Lieferkette weitergeben. Die Einhaltung wird bei Bedarf durch externe Audits überprüft.

Der Stellenwert dieser Nachhaltigkeitskriterien ist jedoch nicht in allen Automobilkonzernen gleich. Seit 2014 macht BMW die Einhaltung der Nachhaltigkeitsstandards zum Vergabekriterium: Vor Abschluss eines Vertrags unterzieht BMW alle direkten Lieferanten einem ausführlichen Screening, um mögliche Probleme beim Lieferanten selbst oder in der Lieferkette zu

identifizieren. In Bezug auf besonders kritische Rohstoffe werden die Lieferanten aufgefordert die Lieferkette offenzulegen. 2016 wurden 615 Lieferanten nicht beauftragt weil sie die Nachhaltigkeitsanforderungen nicht erfüllten (BMW, 2017). Eine konsequente Einbeziehung der Nachhaltigkeitsstandards im Vergabeprozess können Daimler und VW bislang nicht vorweisen. 2016 hat VW immerhin 39 laufende Geschäftsbeziehungen aufgrund von Verstößen gegen Nachhaltigkeitsvorgaben beendet (VW, 2017).

Die standardisierten Nachhaltigkeitsanforderungen an die Lieferanten thematisieren Probleme beim Rohstoffabbau nur in Bezug auf sogenannte Konfliktminerale. Unter Hinweis auf die OECD-Leitsätze für Mineralien aus Konflikt- und Hochrisikogebieten werden die Lieferanten aufgefordert sicherzustellen, dass die genutzten Mineralien – insbesondere Tantal, Zinn, Wolfram und Gold – nicht zur direkten oder indirekten Förderung oder Unterstützung bewaffneter Konflikte beitragen. Darüber hinausgehende menschenrechtliche Risiken beim Rohstoffabbau werden nicht explizit angesprochen und es fehlt eine konkrete Vereinbarung zur Offenlegung der Lieferkette und zur Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfaltsprozesse entlang der Lieferkette.

Gleichwohl haben die Automobilkonzerne erkannt, dass es erhebliche Probleme beim Rohstoffabbau gibt. Im Rahmen der gemeinsamen Brancheninitiative Drive Sustainability wurden 17 Rohstoffe identifiziert, die hohe Nachhaltigkeitsrisiken bergen. Platin ist allerdings nicht dabei.

Die einzelnen Konzerne beginnen zunehmend, sich für kritische Rohstoffe einen Überblick über die eigene Lieferkette zu verschaffen, von der Mine über die Schmelze bis zum Bauteillieferanten. Daimler hat Rohstoffe mit spezifischen Menschenrechtsrisiken identifiziert, darunter auch Platin, und kürzlich begonnen, bei der Neuvergabe menschenrechtliche Sorgfaltsverfahren in Bezug auf diese Rohstoffe abzufragen.

2012 hat BMW bereits 30 Rohstoffe unter Nachhaltigkeitsaspekten priorisiert und setzt sich entlang dieser Lieferketten für soziale und ökologische Nachhaltigkeit ein. In diesem Zusammenhang haben die Konzerne auch begonnen, anlassbezogen selbst vor Ort die Situation zu überprüfen, um die Wirkung der Sorgfaltsmaßnahmen der Lieferanten zu überprüfen. Platin stand hier bislang nicht im Fokus.

Die Konzerne berichten leider kaum öffentlich über die menschenrechtlichen Risiken beim Rohstoffabbau.





Die Automobilkonzerne haben erkannt, dass es erhebliche Probleme beim Rohstoffabbau gibt. Die Brancheninitiative „Drive Sustainability“ identifiziert 17 Rohstoffe, die hohe Nachhaltigkeitsrisiken bergen. Platin ist nicht dabei.

VW geht in seinem jüngst veröffentlichten nicht-finanziellen Bericht 2017 nur auf die sogenannten Konfliktminerale Tantal, Zinn, Wolfram und Gold und die diesbezüglichen Sorgfaltsverfahren ein (VW 2018).

Bei Daimler findet sich im nicht-finanziellen Bericht 2017 ein kurzer Absatz mit der Ankündigung für spezifische Rohstoffe tiefer in die Lieferkette zu schauen (Daimler 2018).

Lediglich BMW geht in den Nachhaltigkeitsberichten 2016 und 2017 ausführlicher auf einige Rohstoffe wie Stahl, Aluminium und Kobalt ein und beschreibt die unternommenen Schritte, um für diese Rohstoffe die Lieferkettentransparenz zu erhöhen und Problemen entgegenzuwirken. In Bezug auf Kobalt hat BMW auf der eigenen Webseite die Namen der Schmelzen und Raffinerien offengelegt und plant dies auch in Bezug auf weitere Rohstoffe (BMW 2017).

Keines der drei Unternehmen geht in seinen Berichten auf konkrete menschenrechtliche oder ökologische Risiken ein. Bei keinem der Konzerne sind Informationen zum Platinabbau zu finden, alle Drei haben jedoch für diese Publikation zum Platinbezug Auskunft gegeben.

BMW bezieht 90 Prozent des benötigten Platins direkt von Amplats aus Südafrika. Der direkte Einkauf

des Rohstoffs ist nicht nur als Mittel zur langfristigen Rohstoffsicherung hilfreich, sondern bietet auch aus menschenrechtlicher Perspektive Vorteile: Als unmittelbarer Einkäufer hat BMW größeren Einfluss auf die Bedingungen beim Rohstoffabbau. Obwohl BMW die direkten Zulieferer seit 2012 einem ausführlichen Screening unterzieht, waren dem Unternehmen die Probleme in Südafrika bislang nicht bekannt. Dabei wurden zwischen 2008 und 2016 zahlreiche Berichte über die negativen Auswirkungen der Mogalakwena-Mine auf die umliegenden Gemeinden veröffentlicht. Aufgrund der Hinweise von Brot für die Welt auf die anhaltenden Konflikte in Mogalakwena hat BMW jedoch nun unverzüglich Kontakt mit Amplats aufgenommen und ein gemeinsames Gespräch mit Amplats und Brot für die Welt angeboten. Bislang kann noch nicht beurteilt werden, ob angemessene Lösungen gefunden wurden. Wichtig ist, dass BMW auch Betroffene vor Ort konsultiert und die Angaben von Amplats verifiziert.

Daimler kauft Platin bei Platinhändlern ein und stellt den Rohstoff den Katalysatorenherstellern zur Verfügung. VW bezieht Platin nicht direkt aus der Mine, sondern indirekt über den Bezug von Abgasanlagen, die Platin enthalten. Nach eigenen Angaben sind beide Unternehmen mit BASF im kontinuierlichen Dialog zu der Situation in Marikana und haben an dem von BASF initiierten Branchendialog teilgenommen. Die Unternehmen verweisen auf die kontinuierlichen Bemühungen, wie beispielsweise die erfolgten Audits und den Branchendialog. VW hat sich zudem selbst vor Ort ein Bild von der Situation im Platingürtel gemacht. Offensichtlich haben jedoch weder Daimler noch VW die Angaben von BASF mit der anhaltenden Kritik südafrikanischer, britischer und deutscher Nichtregierungsorganisationen abgeglichen oder die vielen Abmahnungen an Lonmin seitens der südafrikanischen Regierung berücksichtigt. VW und Daimler haben außerdem keine Vereinbarungen mit BASF getroffen, dass Letztere den Druck auf ihren Geschäftspartner Lonmin erhöht.

In Bezug auf den Platinabbau konnten die Automobilkonzerne bislang folglich keinen Beitrag zur Verbesserung der Situation in Südafrika leisten. Erkennbar ist aber gleichwohl eine steigende Tendenz der Automobilkonzerne, die gesamte Lieferkette in den Blick zu nehmen und sich auch mit Problemen beim Rohstoffabbau zu beschäftigen. Diese Prozesse stehen noch am Anfang, es sind jedoch erste Schritte in die richtige Richtung zu beobachten. Wichtig ist, dass die Lieferkettenverantwortung

nicht zum Selbstzweck wird und die wesentlichen Probleme übersehen werden. Um dies zu vermeiden, sollten die Automobilkonzerne die Angaben der Zulieferer stets mit externen Informationen abgleichen, beispielsweise mit Berichten oder Beschwerden von Menschenrechtsorganisationen. Im Zweifel sollten die Konzerne auch Betroffene vor Ort direkt konsultieren. Die Veröffentlichung der Lieferkette vom Rohstoffabbau bis zum Auto würde es Betroffenen ermöglichen, die Konzerne auf Missstände aufmerksam zu machen. Gemeinsame Brancheninitiativen wie „Drive Sustainability“ sollten stärker dafür genutzt werden, über die Risikoanalyse hinaus auch gemeinsam Einfluss auf die Probleme beim Rohstoffabbau zu nehmen. Den Einfluss auf die Zustände in der Mine können die Automobilkonzerne zudem durch den direkten Einkauf der Rohstoffe erhöhen.

### 3.4 Forderungen

#### Forderungen an BASF:

- BASF sollte den Druck auf Lonmin erhöhen, die gesetzlich vorgeschriebenen Standards einzuhalten, den Sozial- und Arbeitsplan umzusetzen und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. BASF sollte mit Lonmin dazu verbindliche Vereinbarungen mit Zeitzielen vereinbaren. Verstöße gegen diese Vereinbarungen sollten klare Konsequenzen haben, von einer Aussetzung der Lieferbeziehung bis hin zum Abbruch der Geschäftsbeziehung.
- Im Fall einer Übernahme von Lonmin durch Sibanye Stillwater sollte BASF mit Sibanye Stillwater nur dann eine Lieferbeziehung eingehen, wenn sichergestellt ist, dass das Unternehmen die Sozialverpflichtungen von Lonmin übernimmt und zügig umsetzt. Dazu sollten mit Sibanye Stillwater konkrete vertragliche Vereinbarungen getroffen werden, die über die Generalklauseln im Lieferantenkodex hinausgehen. Verstöße gegen diese Vereinbarungen müssen klare Konsequenzen haben, von einer Aussetzung der Lieferbeziehung bis hin zum Abbruch der Geschäftsbeziehung.
- BASF muss die Bemühungen zur Verbesserung der Situation in Marikana transparenter gestalten, damit Betroffene und ihre Interessensvertretungen die Effektivität beurteilen können. Audits sollten durch transparente Konsultationen der verschiedenen

Stakeholder vor Ort ersetzt werden. Ergebnisse müssen veröffentlicht werden oder zumindest mit den Stakeholdern in Südafrika und Deutschland transparent kommuniziert werden. BASF sollte geplante Maßnahmen mit Nichtregierungsorganisationen und Betroffenen vor Ort konsultieren. Brancheninitiativen sollten transparent und inklusiv organisiert werden.

- BASF sollte den Branchendialog in Südafrika fortführen und zivilgesellschaftliche Akteure einbeziehen. Dort sollte über ganzheitliche Möglichkeiten zur Entwicklung eines sozial verantwortlichen Bergbaus diskutiert werden und dazu konkrete, verbindliche Vereinbarungen getroffen werden.

#### Forderungen an BMW, Daimler und VW:

- BMW, Daimler und VW sollten ihre Bemühungen fortführen und intensivieren, Transparenz entlang der gesamten Lieferkette herzustellen, insbesondere in Bezug auf risikobehaftete Rohstoffe. Die Unternehmen sollten bei besonders risikobehafteten Rohstoffen wie zum Beispiel Platin die gesamte Lieferkette veröffentlichen. Zumindest sollten die Unternehmen die kritischen Stellen entlang der Lieferkette, zum Beispiel Mine oder Schmelze, veröffentlichen.
- Die Automobilkonzerne sollten Platin als risikobehafteten Rohstoff einstufen und menschenrechtliche Risiken in ihren Bezugsminen, beispielsweise in Marikana und Mogalakwena, überprüfen und angehen.
- Risikobehaftete Rohstoffe wie Platin sollten Daimler und VW nach Möglichkeit direkt von der Mine beziehen, um den Einfluss auf die Abbaubedingungen zu erhöhen.
- Anstelle allgemein gehaltener Nachhaltigkeitsberichte sollten die Unternehmen über spezifische Menschenrechtsrisiken und Gegenmaßnahmen berichten, auch in Bezug auf Platin.
- Menschenrechtliche Sorgfaltsverfahren zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen im Rohstoffabbau sollten explizit Bestandteil der verpflichtenden Nachhaltigkeitsvereinbarungen mit Lieferanten sein und durch den Abgleich mit externen Berichten und





Plough Back the Fruits. Die Witwen von Marikana fordern mit diesem Bild ihre legitimen Anteile am Platinreichtum zurück.

- die Konsultation mit Betroffenen vor Ort überprüft werden.
- Daimler und VW sollten die Nachhaltigkeitsstandards stärker in den Beschaffungsprozess integrieren. Sie sollten die Umsetzung überprüfen, bevor sie Lieferanten beauftragen und die Einhaltung zur Bedingung für die Vergabe machen.
- Gemeinsame Brancheninitiativen wie „Drive Sustainability“ sollten BMW, Daimler und VW stärker dafür nutzen, den Einfluss entlang der Lieferkette zu erhöhen.
- Die Bundesregierung sollte die Umsetzung der menschenrechtlichen Sorgfalt zur Voraussetzung für die Außenwirtschaftsförderung und die öffentliche Auftragsvergabe machen.

### Forderungen an die Bundesregierung:

- Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass die geplante Überprüfung der Sorgfaltsverfahren in großen deutschen Unternehmen neben Selbstauskünften auch externe Informationen und die Sichtweise der betroffenen Arbeiter und Arbeiterinnen sowie der Anwohner und Anwohnerinnen einbezieht.
- Die Bundesregierung sollte Unternehmen zu menschenrechtlicher Sorgfalt im globalen Geschäftsverkehr gesetzlich verpflichten.

### Was macht Brot für die Welt?

Brot für die Welt unterstützt zahlreiche Nichtregierungsorganisationen in Südafrika dabei, die Menschenrechtsverletzungen im Bergbausektor zu dokumentieren, betroffene Menschen zu begleiten und die südafrikanische Regierung und die beteiligten Unternehmen in die Verantwortung zu nehmen. Gemeinsam mit einigen südafrikanischen Partnerorganisationen hat sich Brot für die Welt im Kampagnennetzwerk Plough Back the Fruits zusammenschlossen, um in Deutschland und Großbritannien auf die Missstände im Platinabbau hinzuweisen und von BASF und Lonmin mehr Verantwortung einzufordern ([www.basflonmin.com](http://www.basflonmin.com)). Brot für die Welt setzt sich zudem gegenüber der Bundesregierung für gesetzliche Unternehmensverantwortung ein.

# Literaturverzeichnis

- Actionaid, 2008: Precious Metals: The impact of Anglo Platinum on poor communities in Limpopo, [www.actionaid.org.uk/sites/default/files/doc\\_lib/angloplats\\_miningreport\\_aa.pdf](http://www.actionaid.org.uk/sites/default/files/doc_lib/angloplats_miningreport_aa.pdf)
- Actionaid, 2016: Precious Metals II: A systemic Inequality, [www.actionaid.org/sites/files/actionaid/precious\\_metals\\_ii\\_lr.pdf](http://www.actionaid.org/sites/files/actionaid/precious_metals_ii_lr.pdf)
- Amnesty International (2016): Smoke and Mirrors: Lonmin's failure to address housing conditions at Marikana, South Africa
- AMPLATS 2015: Profile Mogalakwena, [www.angloamerican.com/about-us/our-stories/mine-profile-mogalakwena](http://www.angloamerican.com/about-us/our-stories/mine-profile-mogalakwena)
- BASF 2017a: [www.basf.com/de/de/company/about-us/suppliers-and-partners/sustainability-in-procurement/supplier-code-of-conduct.html](http://www.basf.com/de/de/company/about-us/suppliers-and-partners/sustainability-in-procurement/supplier-code-of-conduct.html)
- BASF 2017b: Initiative ergreifen: Die Schritte von BASF im Hinblick auf Lonmin, veröffentlicht unter: [www.basf.com/de/company/about-us/suppliers-and-partners/sustainability-in-procurement/steps-taken-with-regard-to-lonmin-in-2016.html](http://www.basf.com/de/company/about-us/suppliers-and-partners/sustainability-in-procurement/steps-taken-with-regard-to-lonmin-in-2016.html)
- BASF, 2017c: BASF Jahresbericht 2017
- BGR, DERA Rohstoffinformationen, Risikobewertung Platingruppenmetalle - Platin, Palladium, Rhodium, 2016: [www.bgr.bund.de/DERA/DE/Downloads/studie\\_Platin\\_2015.pdf;jsessionid=AF34F10CoAo89AE4856948B5064329DD.2\\_cid284?\\_blob=publicationFile&v=2](http://www.bgr.bund.de/DERA/DE/Downloads/studie_Platin_2015.pdf;jsessionid=AF34F10CoAo89AE4856948B5064329DD.2_cid284?_blob=publicationFile&v=2)
- Bloom, Kevin (2017): What's mine is mine: Lonmin and the secret claim on Marikana land in the Daily Maverick, 27.07.2017, veröffentlicht unter: [www.dailymaverick.co.za/article/2017-07-27-whats-mine-is-mine-lonmin-and-the-secret-claim-on-marikana-land](http://www.dailymaverick.co.za/article/2017-07-27-whats-mine-is-mine-lonmin-and-the-secret-claim-on-marikana-land)
- BMW (2017): Nachhaltigkeit im Einkauf und Lieferantennetzwerk, veröffentlicht unter: [www.bmwgroup.com/content/dam/bmw-group-websites/bmwgroup.com/responsibility/downloads/de/2017/BMW\\_GROUP\\_Sorgfaltspflicht\\_bei\\_der\\_Lieferantenauswahl.pdf](http://www.bmwgroup.com/content/dam/bmw-group-websites/bmwgroup.com/responsibility/downloads/de/2017/BMW_GROUP_Sorgfaltspflicht_bei_der_Lieferantenauswahl.pdf)
- BMW (2018): Nachhaltigkeitsbericht 2017, veröffentlicht unter: [www.bmwgroup.com/content/dam/bmw-group-websites/bmwgroup.com/ir/downloads/de/2016/BMW-Group-Nachhaltigkeitsbericht-2016--DE.pdf](http://www.bmwgroup.com/content/dam/bmw-group-websites/bmwgroup.com/ir/downloads/de/2016/BMW-Group-Nachhaltigkeitsbericht-2016--DE.pdf)
- Bowman, Andrew, 2016: Dilemmas of distribution: financialization, boom and bust in the post-apartheid platinum industry; [www.fes-southafrica.org/fileadmin/user\\_upload/documents/SWOP\\_BREAKFAST\\_PAPERS\\_2.pdf](http://www.fes-southafrica.org/fileadmin/user_upload/documents/SWOP_BREAKFAST_PAPERS_2.pdf)
- Boyle, Brendan (2016): Bapo chief and Marikana's missing millions. 25.07.2016, veröffentlicht unter: [www.customcontested.co.za/bapo-chief-marikanas-missing-millions](http://www.customcontested.co.za/bapo-chief-marikanas-missing-millions)
- Brot für die Welt u.a. (2015): Gutachten-Verankerung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten von Unternehmen im deutschen Recht
- Buchen, Stefan (2016): Der Platin-Komplex: Welche Verantwortung hat der deutsche Chemiekonzern BASF für ein Massaker unter Minenarbeitern in Südafrika? In: Die Zeit No. 19/2016
- Bundesregierung, 2016: Nationaler Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte, abrufbar unter: [www.auswaertiges-amt.de/de/aus-senpolitik/themen/aussenwirtschaft/wirtschaft-und-menschenrechte](http://www.auswaertiges-amt.de/de/aus-senpolitik/themen/aussenwirtschaft/wirtschaft-und-menschenrechte)
- Committee on Economic, Cultural and Social Rights, 2017: General Comment No. 24 on State Obligations under the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights in the Context of Business Activities
- Daimler (2018): Nicht-finanzieller Bericht 2017, veröffentlicht unter: [www.daimler.com/dokumente/konzern/corporate-governance/erklarungen/daimler-nichtfinanziellerbericht-de-2017.pdf](http://www.daimler.com/dokumente/konzern/corporate-governance/erklarungen/daimler-nichtfinanziellerbericht-de-2017.pdf)
- Lebaron, Genevieve/Jane Lister (2015): Benchmarking global supply chains: the power of the 'ethical audit' regime. Review of International Studies, 41, pp 905-924, veröffentlicht unter: [http://eprints.whiterose.ac.uk/86276/12/WRRO\\_86276.pdf](http://eprints.whiterose.ac.uk/86276/12/WRRO_86276.pdf), 7.8.2017
- Legal Resources Center (2014): Submission of the Wonderkop Land Claim Committee in Respect of the Farm Wonderkop, 30.07.2014, veröffentlicht unter: [www.raith.org.za/docs/Research-WonderkopLand-ClaimCommittee-20140730.docx](http://www.raith.org.za/docs/Research-WonderkopLand-ClaimCommittee-20140730.docx), 7.8.2017
- Lonmin (2015): Annual Social Labour Report 2015
- Marinovich, Greg (2016): Murder at Small Koppie: The real story of the Marikana Massacre. Penguin Books
- Mathope, Gosebe (2017): North West government looted Bapo ba Mogale 'D account' - public protector in the Citizen, 26.6.2017, veröffentlicht unter: <https://citizen.co.za/news/south-africa/1552367/north-west-govt-looted-bapo-ba-mogale-d-account-public-protector>
- Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, 2011: UN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, 2011 [www.globalcompact.de/wAssets/docs/Menschenrechte/Publikationen/leitprinzipien\\_fuer\\_wirtschaft\\_und\\_menschenrechte.pdf](http://www.globalcompact.de/wAssets/docs/Menschenrechte/Publikationen/leitprinzipien_fuer_wirtschaft_und_menschenrechte.pdf)
- Nikita Ranchod, Craig M. Sheridan, Neville Pint, Kerry Slatter and Kevin G. Harding, 2014: Assessing the blue-water footprint of an opencast platinum mine in South Africa, [www.ajol.info/index.php/wsa/article/view/115261/104847](http://www.ajol.info/index.php/wsa/article/view/115261/104847)
- OECD, South Africa, 2016: <https://atlas.media.mit.edu/en/profile/country/zaf>
- Payscale (2018): Miner in Rustenburg Salary. Aufgerufen am 02.03.2018, verfügbar unter: [www.payscale.com/research/ZA/Job=Miner/Salary/83c4d45f/Rustenburg](http://www.payscale.com/research/ZA/Job=Miner/Salary/83c4d45f/Rustenburg)
- Ryan, Brendan, 2017: Neal Froneman plays hardball with the DMR on Lonmin takeover- December 14, 2017, [www.miningmx.com/news/platinum/31207-neal-froneman-plays-hardball-dmr-lonmin-takeover](http://www.miningmx.com/news/platinum/31207-neal-froneman-plays-hardball-dmr-lonmin-takeover)
- SERI Film (2015): IMBOKODO - The Widows of Marikana, published on 29.10.2015, veröffentlicht unter: [www.youtube.com/watch?v=Jp7o8AxzTdi](http://www.youtube.com/watch?v=Jp7o8AxzTdi)
- South African Human Rights Commission: Mining-related observations and recommendations: Anglo Platinum, affected communities and other stakeholders, in and around the PPL Mine, Limpopo, November 2008, [www.sahrc.org.za/home/21/files/Reports/Anglo%20Report%20Final%202008.Chp%201%20to%203.pdf](http://www.sahrc.org.za/home/21/files/Reports/Anglo%20Report%20Final%202008.Chp%201%20to%203.pdf)
- Statistics South Africa (2017): Environmental Economic Accounts Compendium, veröffentlicht unter: [www.statssa.gov.za/publications/Report-04-05-20/Report-04-05-20March2017.pdf](http://www.statssa.gov.za/publications/Report-04-05-20/Report-04-05-20March2017.pdf), 2.8.2017

Statistics South Africa (2018): [www.statssa.gov.za/?page\\_id=5992](http://www.statssa.gov.za/?page_id=5992)

Stats South Africa, 2018: [www.statssa.gov.za/?page\\_id=993&id=mogalakwena-municipality](http://www.statssa.gov.za/?page_id=993&id=mogalakwena-municipality)

Stempel, Jonathan (2017): US judge throws out many metal price fixing claims, in: Reuters 28.03.2017, veröffentlicht unter: <http://markets.businessinsider.com/news/stocks/r-us-judge-throws-out-many-metals-price-fixing-claims-2017-3-1001875774>, 7.8.2017

Stoddard, Ed, 2018: Exclusive: Amplats reaches deal with South African tribal leader in community fund row, in: Reuters [www.reuters.com/article/us-safrica-platinum/exclusive-amplats-reaches-deal-with-south-african-tribal-leader-in-community-fund-row-idUSKBN1EY114](http://www.reuters.com/article/us-safrica-platinum/exclusive-amplats-reaches-deal-with-south-african-tribal-leader-in-community-fund-row-idUSKBN1EY114)

Südafrikanische Regierung, 2016: South African Government (2016): Update by President Zuma on steps taken by departments to implement Farlam Commission recommendations, veröffentlicht unter: [www.presidency.gov.za/press-statements/update-president-zuma-steps-taken-departments-implement-farlam-commission](http://www.presidency.gov.za/press-statements/update-president-zuma-steps-taken-departments-implement-farlam-commission), 7.8.2017

Terwindt, Caroline/Miriam Saage-Maaß (2016): Liability of Social Auditors in the Textile Industry

The International Labour Organization and the Living Wage: A Historical Perspective: [www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed\\_protect/---protrav/---travail/documents/publication/wcms\\_557250.pdf](http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_protect/---protrav/---travail/documents/publication/wcms_557250.pdf)

Volkswagen (2018): Nicht-finanzielle Erklärung 2017, veröffentlicht am 13.3.2018 unter: [www.volkswagenag.com/presence/nachhaltigkeit/documents/sustainability-report/2017/Nichtfinanzieller\\_Bericht\\_2017.d.pdf](http://www.volkswagenag.com/presence/nachhaltigkeit/documents/sustainability-report/2017/Nichtfinanzieller_Bericht_2017.d.pdf)

Wage Indicator (2018): <https://wageindicator.org/main/salary/living-wage/south-africa-living-wage-series-january-2018>

Wirtschaftswoche, Für dein Auto, 06.11.2017; <http://tool.wiwo.de/wiwoapp/3d/storyflow/102017/fuerdeinauto/index.html>

World's Richest Countries, Top Platinum Importers, 2016: [www.worldsrichestcountries.com/top-platinum-importers.html](http://worldsrichestcountries.com/top-platinum-importers.html)

**Brot für die Welt  
Evangelisches Werk für Diakonie  
und Entwicklung e. V.**

---

Caroline-Michaelis-Straße 1  
10115 Berlin

---

Tel +49 30 65211 0  
Fax +49 30 65211 3333  
info@brot-fuer-die-welt.de  
www.brot-fuer-die-welt.de